

seduta n. 114 del 18 marzo 1997

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.19)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Bitte Platz zu nehmen.
Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär): (ruft die Namen auf)
(segretario): (fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt abwesend sind die Abg. Conci-Vicini (kommt später), Fedel, Dalbosco, Pinter und Taverna.
Ich bitte um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Keine. Damit gilt das Protokoll als genehmigt.

Wir kommen zu den Mitteilungen:

Am 14. Februar 1997 hat der Regierungskommissär den Gesetzentwurf Nr. 77: „Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge im Zusammenhang mit den Rentenfonds auf regionaler Ebene“ mit dem Sichtvermerk versehen.

Am 21. Februar 1997 hat der Regionalauschuß den Gesetzentwurf Nr. 85: Vorschlag für einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalgesetzes vom 22. Oktober 1988, Nr. 24, mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen, „Bestimmungen auf dem Sachgebiet des sozialen Genossenschaftswesens“ eingebracht.

Mit Schreiben vom 27. Februar 1997 hat die neu ernannte Abgeordnete Ulrike Tarfusser mitgeteilt, daß die Freiheitlichen nunmehr wieder durch zwei Abgeordnete vertreten sind und somit eine eigene Ratsfraktion mit dem Namen „Die Freiheitlichen“ bilden werden. Sie erklärt außerdem, daß sie in der Zeit vom 19. Februar bis zum 28. Februar 1997 der Ratsfraktion „Ladins-Autonomia Trentina-Freiheitliche“ angehört und daß sich ab 1. März 1997 die Ratsfraktion „Die Freiheitlichen“ aus den Abgeordneten Pius Leitner und Ulrike Tarfusser zusammensetzt, wobei letztgenannte auch das Amt der Fraktionsprecherin bekleidet.

Am 13. März 1997 haben die Regionalratsabgeordneten Marco Dalbosco, Mauro Bondi und Marco Benedetti den Beschlußfassungsvorschlag Nr. 39: Änderung der Geschäftsordnung des Regionalrates eingebracht.

Am 13. März 1997 hat der Regionalausschuß den Gesetzentwurf Nr. 86: Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol) eingebracht.

Mit Schreiben vom 13. März 1997 teilt Abgeordneter Maurizio Tosadori der Ratsfraktion „Lega Nord - Bündnis '98 Minoranze Etniche“ mit, daß er sich ab 16. Februar 1997 der Ratsfraktion Lega Nord Region Trentino-Südtirol anschließt, deren Fraktionssprecher Dr. Lelio Boldrini ist.

Es sind folgende Anfragen eingegangen:

- die Anfrage Nr. 283, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Leitner, betreffend die Dienstreisen einzelner Mandatare anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Gedenktag der Unterzeichnung des Gruber-Degasperi-Abkommens, die am 5. September 1996 in Wien stattgefunden haben;
- die Anfrage Nr. 284, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani, betreffend das Recht auf Information, ein Recht, das allen zusteht;
- die Anfrage Nr. 285, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Eintragung einer Garage in Gries/Bozen durch das Katasteramt von Bozen;
- die Anfrage Nr. 286, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Neustrukturierung der Telecom in Trentino-Südtirol: Hat die Region dazu nichts zu sagen?;
- die Anfrage Nr. 287, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tosadori, Divina, Boldrini, betreffend das Interview der RAI mit dem geständigen Schuldigen Peter Paul Rainer;
- die Anfrage Nr. 288, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend die Außendienstvergütungen der Bediensteten der Region.
- die Anfrage Nr. 289, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Aufnahme von circa zehn Bediensteten von seiten der Brennerautobahn AG, ohne daß dabei die in den Mobilitätslisten der betroffenen Gemeinden eingetragenen Personen in Betracht gezogen worden sind;
- die Anfrage Nr. 290, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Ianieri, betreffend die nichterfolgte Auszahlung der Außendienstentschädigung an die nicht im Dirigentenrang eingestufteten Bediensteten der Region.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

- die Anfrage Nr. 218, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend den angeblichen Betrug zum Nachteil junger Arbeiter bei der Verteilung von Telephonbüchern: Die Telecom kann diesen Betrug nicht einfach ignorieren;
- die Anfrage Nr. 275, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Zuerkennung des Auftrags zur Versicherungsbetreuung und -beratung: Nach welchen realen Kriterien hat der Regionalausschuß entschieden?;
- die Anfrage Nr. 277, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco, betreffend die Superentschädigungen der Regionalratsabgeordneten: Was gedenkt der Regionalausschuß zu tun?;

- die Anfrage Nr. 283, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Leitner, betreffend die Dienstreisen einzelner Mandatare anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Gedenktage der Unterzeichnung des Gruber-Degasperi-Abkommens, die am 5. September 1996 in Wien stattgefunden haben;
- die Anfrage Nr. 287, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tosadori, Divina und Boldrini, betreffend das Interview der RAI mit dem geständigen Schuldigen Peter Paul Rainer.

Der Text der Anfragen Nr. 218, 275, 279, 283 und 287 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Teil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

PRÄSIDENT: Zur Tagesordnung muß ich noch etwas sagen. Wir behandeln heute nicht den Punkt Nr. 1 der Tagesordnung, Familienpaket, Anträge der Abg. Saurer und Morandini, weil auf Ersuchen von einem der Einbringer, und zwar vom Abg. Denicolò im Einvernehmen mit Morandini die Punkte vertagt werden sollen. Die Fraktionssprecher haben diesem Ansuchen der Einbringer stattgegeben.

Wir kommen damit zum zweiten Punkt der Tagesordnung, der eine Grenzberichtigung im Trentino betrifft und dann zum Gesetzentwurf Nr. 62, eingebracht vom Regionalausschuß, Erstunterzeichner Pahl, dann drittens zum Beschlußantrag Nr. 157, eingebracht von den Abg. Binelli, Tretter und anderen, über die Untersuchungen beim Parteisitz des PATT. Dann geht es in der Tagesordnung weiter wie vorgesehen.

Achtung: Morgen früh um 9.15 Uhr wird das Fraktionssprecherkollegium zum Thema Geschäftsordnung einberufen. Ich werde auch den Abg. Dalbosco einladen, aber die Abgeordneten Benedetti und Bondi, nachdem der Abg. Dalbosco heute krank ist und sein Punkt auf der Tagesordnung steht, bitte ich, wenn er morgen nicht kommt, in Vertretung von Abg. Dalbosco zu kommen. Sie haben gemeinsam einen Antrag unterschrieben, der von den Fraktionssprechern morgen behandelt werden soll. Bitte einigt euch, daß zumindest einer anwesend ist, um diesen euren Antrag zu behandeln. Es geht praktisch darum, einen Procederevorschlag zu finden, um zu reden wie die Arbeiten bezüglich der Geschäftsordnung weitergehen sollen. Auch der Präsident des Ausschusses ist einladen.

Somit kommen wir jetzt zum vereinbarten Punkt Nr. 2 der Tagesordnung:

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 25: Ermächtigung an den Regionalausschuß von der Volksbefragung in bezug auf den Antrag auf Änderung der Gebietsabgrenzungen der Gemeinden Cavalese und Tesero abzusehen (eingebracht auf Antrag des Regionalausschusses). Ich mache darauf aufmerksam, daß wenn man das genehmigen sollte, um das Referendum zu vermeiden, wenn also der politische Wille in dieser Hinsicht besteht, daß es dann 36 Stimmen braucht. Soviel ich weiß, sind die Mitglieder nicht die gleichen und ich würde diejenigen bitten, die in Doppelfunktion sind, daß sie sich eventuell beim Fraktionssprecherkollegium vertreten lassen können.

Bitte, Abg. Divina, wozu?

DIVINA: Presidente, lei ci ha appena letto delle comunicazioni e precisamente che si è ricostituito il gruppo dei Freiheitlichen in Consiglio regionale. Lei sa Presidente quanto noi avevamo chiesto la sua pazienza nell'iniziare un'operazione, la surroga della cons. Tarfusser al posto del cons. Waldner, quanto meno non prima dello svolgimento dei funerali del nostro compianto consigliere.

Lei può pensare, Presidente, cosa poteva e cosa sarebbe successo se avessimo, soltanto con la prudenza che il caso suggeriva, rimandato la surroga di qualche giorno. All'indomani di aver scoperto che quell'omicidio era stato partorito proprio in una sede di partito, in quella sede di partito che, omettendo tra il resto di denunciare i gravi fatti illegali successi...

PRÄSIDENT: ...Abg. Divina, Sie sind außerhalb der Tagesordnung. Sie haben gesagt, Sie möchten zum Fortgang der Arbeiten reden. Um was geht es? Dann entscheide ich, ob man darüber reden kann oder nicht.

DIVINA: sono sull'ordine dei lavori, perché la sua comunicazione Presidente...

PRESIDENTE: Sulle comunicazioni non ci sono discussioni...

DIVINA: Se mi permette ho da obiettare che si ricostituisca il gruppo dei Freiheitlichen in questo Consiglio, Presidente! Lei ha accettato una surroga di un omicidio partorito in una sede di partito Presidente! Lei deve accettare...

PRÄSIDENT: Abg. Divina, ich nehme Ihnen das Wort.

DIVINA: ...noi le comunichiamo che da questo momento... la Lega non rimarrà un attimo di più in questa sede, fintanto che il Consiglio non dedicherà una giornata apposita per relazionare fino in fondo su questo fatto...

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist unterbrochen... Jetzt sage ich etwas. Als Mitglied des Präsidiums sollten Sie mehr Respekt vor der Geschäftsordnung und vor den Regeln, die uns allen gemeinsam aufliegen, haben. Ich habe dieses politische Theater hier satt. Dieses Theater kann ich nicht mehr akzeptieren, daß da jedesmal ein anderer Abgeordneter kommt und auf einem Leichnam soviel Theater macht, das akzeptiere ich nicht mehr. Sie haben außerhalb der Geschäftsordnung das Wort ergriffen und haben einen eindeutigen Mißbrauch gemacht, obwohl Sie genau wissen, daß man nicht zu Tagesordnungen reden darf, die nicht vorgesehen sind. Dabei sparen Sie sich bitte die Kritik am Präsidenten, weil der Präsident hat nichts anderes zu tun als die Geschäftsordnung einzuhalten. Ich erteile Ihnen damit einen Verweis, Abg. Divina, und ich bitte Sie, sich aus dem Saal zu entfernen, ansonsten wird die Sitzung unterbrochen. Ich warte jetzt, bis sich der Abgeordnete aus dem Saal entfernt, dann ist er für eine Stunde ausgesperrt.

Wir setzen jetzt die Arbeiten fort, und zwar kommen wir zum Punkt Nr. 2 der Tagesordnung. Ich bitte den Präsidenten....

...Abg. Palermo, ich habe jetzt bereits den Punkt der Tagesordnung begonnen und bitte halten auch Sie sich an die Regeln.

Ich bitte um Verlesung des Begleitberichtes. Bitte, Abg. Chiodi.

CHIODI:

DELIBERAZIONE

Esamate le note di data 16 giugno 1993 e 27 agosto 1993 con le quali il Sindaco del Comune di Cavalese in esecuzione della deliberazione consiliare n. 32 del 20 agosto 1993 e n. 42 del 21 agosto 1989, richiedeva l'avvio delle procedure previste dall'art. 15, comma 2 del T.U. delle leggi regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.G.R. 19 gennaio 1984, n. 6/L al fine di ottenere la modifica della circoscrizione territoriale del Comune, secondo gli elaborati tecnici allegati alle suddette deliberazioni sul territorio del limitrofo Comune di Tesero;

Rilevato che il Consiglio comunale di Tesero si esprimeva in senso favorevole alla richiesta contenuta nei provvedimenti deliberativi sopra evidenziati del Consiglio comunale di Cavalese con deliberazione n. 417 del 6 agosto 1993 e rilevato inoltre come il Consiglio comunale di Tesero confermava la propria disponibilità con deliberazione n. 506 di data 30 novembre 1994;

Visti i pareri favorevoli espressi dalla Giunta provinciale di Trento in data 9 settembre 1994, n. 11216 ed in data 3 febbraio 1995, n. 876, in relazione alle sunnominate istanze;

Rilevato come, in base al risultato delle ultime decisioni assunte dai Consigli comunali di Cavalese e di Tesero, sussistano i presupposti in base ai quali il Consiglio regionale può autorizzare la non effettuazione del referendum consultivo fra gli elettori dei due Comuni interessati, ai sensi dell'art. 2 della L.R. 18 febbraio 1978, n. 5 e dell'art. 1 del D.P.R. 15 luglio 1988, n. 296, essendosi formate delle maggioranze favorevoli qualificate (almeno 3/4 dei consiglieri assegnati), sulla proposta di modifica delle rispettive circoscrizioni territoriali;

Visto il D.P.G.R. 14 ottobre 1993, n. 19/L concernente il T.U. delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni;

Vista la L.R. 18 febbraio 1978, n. 5;

Visto l'art. 7 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670;

Visto l'art. 31 del D.P.R. 1 febbraio 1973, n. 49, come modificato dall'art. 1 del D.P.R. 15 luglio 1988, n. 296;

Ad unanimità di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

- di chiedere al Consiglio regionale, ai sensi e per gli effetti dell'art. 2 della L.R. 18 febbraio 1978, n. 5 e dell'art. 31 del D.P.R. 1 febbraio 1973, n. 49, come modificato

dall'art. 1 del D.P.R. 15 luglio 1988, n. 296, di autorizzare la Giunta regionale a non indire il referendum consultivo fra gli elettori dei Comuni di Cavalese e Tesero, in relazione alla domanda avanzata dal Sindaco del suddetto Comune di Cavalese, intese ad ottenere la modifica delle circoscrizioni territoriali comunali sulla base degli elaborati tecnici allegati alle deliberazioni dei Consigli comunali di Cavalese e Tesero in premessa indicate, ai sensi dell'art. 48, comma 2, del D.P.G.R. 14 ottobre 1993, n. 19/L.

Questa è la prima delibera. C'è un'ulteriore delibera, di cui dò lettura:

Richiamata la propria precedente deliberazione n. 409 di data 28 marzo 1995, concernente la richiesta al Consiglio regionale, ai sensi dell'art. 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5 di non far luogo a referendum consultivo in relazione alla richiesta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Cavalese e Tesero;

Ritenuto di dover integrare la suddetta propria deliberazione ai fini di meglio chiarire i presupposti in base ai quali si ritiene applicabile alla presente fattispecie il combinato disposto dei commi 2 e 4 dell'art. 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, accertato come si sia in presenza di una richiesta di modifica delle circoscrizioni territoriali comunali che interessa dei territori nei quali non si trovano insediamenti umani permanenti;

Viste le leggi regionali 7 novembre 1950, n. 16 e 18 febbraio 1978, n. 5;

Visto il nuovo testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni approvato con D.P.G.R. 27 febbraio 1995, n. 4/L;

Ad unanimità di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

- di confermare la propria precedente deliberazione n. 409 di data 28 marzo 1995 concernente la richiesta al Consiglio regionale ai sensi dell'art. 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, di non far luogo a referendum consultivo in relazione alla richiesta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei comuni di Cavalese e di Tesero, accertato e verificato che sul territorio interessato dalla modifica non si trovano insediamenti umani permanenti.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Dò lettura della proposta di delibera:

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE

Vista la deliberazione n. 409 del 28 marzo 1995 con la quale la Giunta regionale chiede al Consiglio regionale di essere autorizzata a non indire il referendum consultivo fra gli elettori dei Comuni di Cavalese e Tesero, in relazione alla domanda avanzata dal Sindaco del suddetto Comune di Cavalese, intesa ad ottenere la modifica delle circoscrizioni territoriali comunali;

Vista la deliberazione n. 770 del 18 maggio 1995 con la quale la Giunta regionale conferma la propria precedente deliberazione n. 409 di data 28 marzo 1995 concernente la richiesta al Consiglio regionale ai sensi dell'articolo 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, di non dar luogo a referendum consultivo in relazione alla richiesta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Cavalese e di Tesero, accertato e verificato che nel territorio interessato dalla modifica non si trovano insediamenti umani permanenti;

Ritenuto di dover condividere le motivazioni espresse dalla Giunta regionale medesima che si intendono richiamate nel presente provvedimento;

Visto il Testo Unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con Decreto del Presidente della Giunta regionale 27 febbraio 1995, n. 4/L;

Visto l'articolo 7 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670;

Vista la legge regionale 7 novembre 1950, n. 16, come modificata e integrata dalla legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, concernente l'esercizio del referendum per la costituzione di nuovi Comuni e per i mutamenti delle circoscrizioni comunali, della denominazione o del capoluogo dei Comuni;

Visto l'articolo 31 del Decreto del Presidente della Repubblica 1° febbraio 1973, n. 49, come modificato dall'articolo 1 del Decreto del Presidente della Repubblica 15 luglio 1988, n. 296;

d e l i b e r a

di autorizzare la Giunta regionale a non indire il referendum consultivo in relazione all'istanza di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Cavalese e Tesero.

Prego dare lettura del testo tedesco della proposta di delibera.

DENICOLO':

Nach Einsicht in den Beschluß Nr. 409 vom 28. März 1995, mit dem der Regionalausschuß den Regionalrat um die Ermächtigung ersucht, von der Volksbefragung für die Wähler der Gemeinden Cavalese und Tesero abzusehen. Diese bezieht sich auf den Antrag des Bürgermeisters der Gemeinde Cavalese zur Änderung der Gemeindeabgrenzungen;

Nach Einsicht in den Beschluß Nr. 770 vom 18. Mai 1995, mit dem der Regionalausschuß erneut den Beschluß Nr. 409 vom 28. März 1995 bestätigt. Dieser betrifft den Antrag an den Regionalrat von der Volksbefragung zur Änderung der

Gebietsabgrenzungen der Gemeinden Cavalese und Tesero gemäß Artikel 2 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 1978, Nr. 5 abzusehen, da festgestellt und ermittelt wurde, daß sich auf dem von der genannten Änderung betroffenen Gebiet keine Siedlungen befinden;

Hervorgehoben, daß die vom Regionalausschuß vorgebrachten Begründungen, auf die hier verwiesen wird, geteilt werden können;

Nach Einsicht in den mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 27. Februar 1995, Nr. 4/L genehmigten Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung;

Nach Einsicht in den Artikel 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670;

Nach Einsicht in das Regionalgesetz vom 7. November 1950, Nr. 16, geändert und ergänzt mit dem Regionalgesetz vom 18. Februar 1978, Nr. 5 betreffend die Abhaltung einer Volksbefragung bei Errichtung neuer Gemeinden und Änderungen der Gemeindeabgrenzungen, der Benennung oder des Hauptortes der Gemeinde;

Nach Einsicht in den Artikel 31 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 1. Februar 1973, Nr. 49, geändert mit Artikel 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 15. Juli 1988, Nr. 296;

b e s c h l i e ß t :

DER REGIONALRAT DER REGION TRENINO-SÜDTIROL

den Regionalausschuß zu ermächtigen, von der Volksbefragung betreffend den Antrag auf Änderung der Gebietsabgrenzungen der Gemeinden Cavalese und Tesero abzusehen.

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il cons. Palermo.

PALERMO: Signor Presidente, non faccio parte del gruppo della Lega, però, propri perché dall'esterno ho ascoltato la discussione che ha dato luogo alla espulsione del collega Divina, mi pare non sia correttamente seguito il procedimento previsto nel Regolamento agli artt. 57 e 58 in relazione ai provvedimenti che sono stati emessi dal Presidente del Consiglio regionale Peterlini.

Poiché si è dato subito luogo alla discussione del seguente punto all'ordine del giorno, mi sento in dovere di fare queste osservazioni, in quanto una esclusione di un consigliere, che non poggia su un provvedimento legittimo da parte del Presidente del Consiglio, potrebbe invalidare anche la discussione successiva del punto all'ordine del giorno.

Ai sensi dell'art. 57 è necessario che il Presidente richiami il consigliere regionale una prima volta, lo richiami una seconda volta, se il consigliere respinge il richiamo all'ordine inflittogli dal Presidente, questi invita il Consiglio a decidere per alzata di mano senza discussione.

Ai sensi dell'art. 58, dopo un secondo richiamo all'ordine avvenuto nello stesso giorno il Presidente può disporre l'esclusione del consigliere dall'aula per tutto il resto della seduta, e, nei casi più gravi, infliggerli la censura.

Tutto questo non è avvenuto. Nell'ultimo comma dell'art. 58 è inoltre stabilito che l'esclusione o la censura possono essere inflitte dal Presidente, indipendentemente da precedenti richiami, quando un consigliere provochi tumulti o disordini nel Consiglio o trascenda ad oltraggi o vie di fatto. Tutto questo in aula non è avvenuto.

Ai sensi dell'art. 59, la censura implica, oltre l'esclusione immediata dall'aula, l'interdizione dal ricomparirvi per un numero di sedute non inferiore a due.

Ora i provvedimenti che sono stati...

PRESIDENTE: Prego i signori consiglieri di fare silenzio e la prego di arrivare al dunque cons. Palermo!

PALERMO: Concludo immediatamente. Ai sensi dell'art. 59 la censura comporta interdizione dal ricomparire in aula per un numero di sedute non inferiore a due.

Da tutto quello che ho detto risulta a mio parere evidente che il provvedimento che è stato emesso dal Presidente del Consiglio, nei confronti del collega Divina, non è stato eseguito nelle modalità e nelle tipicità che sono previste dal Regolamento.

Quindi a mio parere sarebbe opportuno, anche al fine di non consentire un'eventuale invalidazione della trattazione al punto all'ordine del giorno, che è già iniziata con la esclusione di fatto del cons. Divina, senza che potesse partecipare alla discussione, sottopongo al Presidente del Consiglio la opportunità di consentire nuovamente la partecipazione alla discussione del cons. Divina, in quanto il provvedimento non è stato legittimamente emesso, ai sensi dell'art. 57, 58 e 59 del Regolamento.

PRESIDENTE: Collega Palermo, ero presente, so che lei ha una parte di ragione nel suo intervento, dove il Presidente eventualmente doveva non sospenderlo per un'ora, ma sospenderlo per una giornata. Non sto qui a spiegare i motivi e le ragioni, perché le ha illustrate il Presidente Peterlini.

Leggo anch'io l'art. 58: "Dopo un secondo richiamo all'ordine avvenuto nello stesso giorno il Presidente può disporre l'esclusione del consigliere dall'aula per tutto il resto della seduta, e, nei casi più gravi, infliggerli la censura."

Questo non è stato fatto e credo abbia fatto bene il Presidente a non escludere il collega Divina dalla giornata di Consiglio e abbia deciso di sospenderlo per un'ora, non previsto però dall'articolo 58, la sospensione eventualmente doveva essere fatta per un'intera giornata.

Cons. Binelli, ho letto attentamente l'art. 58, che recita: "Dopo un secondo richiamo all'ordine avvenuto nello stesso giorno il Presidente può disporre l'esclusione

del consigliere dall'aula per tutto il resto della seduta, e, nei casi più gravi, infliggerli la censura. -Questo non è stato fatto. -

L'esclusione o la censura possono essere inflitte dal Presidente, indipendentemente da precedenti richiami, quando un consigliere provochi tumulti o disordini nel Consiglio o trascenda ad oltraggi o vie di fatto.”

Il Presidente era nella facoltà di prendere questa decisione, mi assumo in toto la responsabilità di chiedere al collega Divina di rientrare e di seguire i lavori dell'aula, anche perché in questo momento abbiamo bisogno di poter lavorare in un clima di collaborazione e di distensione, se vogliamo andare avanti con l'ordine del giorno.

E' aperta la discussione in merito alla proposta di delibera. Qualcuno intende intervenire? La parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: Queste due delibere che ho letto poco fa, portano la data del 28 marzo 1995 una e la seconda del 18 maggio 1995 quella che mi sembrava più esplicativa, per quanto riguarda questo intervento, che la Giunta regionale aveva deliberato allora.

Credo che ho poco da aggiungere a quello che ho letto in queste delibere, se non un fatto che la Giunta ritiene particolarmente importante. La seconda delibera evidenzia come sia stato accertato e verificato che sul territorio interessato della modifica non si trovano insediamenti umani permanenti; inoltre i rispettivi consigli comunali hanno trovato un accordo e credo che la legge permetta alle Giunte di intervenire e dire se il referendum si possa fare o meno, credo che il mio compito sia quello di sottolineare che quando i due consigli comunali hanno trovato un accordo per la modifica, possiamo fare solo un discorso economico, in questo modo evitando il referendum andiamo a risparmiare una decina di milioni, non considerando il lavoro.

E' con questo spirito che chiedo venga votata questa delibera, perché dobbiamo considerare l'iniziativa politica, dobbiamo considerare l'accordo trovato, però credo che dobbiamo fare una riflessione. Credo che interverrà anche il collega Delladio per spiegare meglio di me queste due delibere, che sono state adottate dalla Giunta nel 1995, credo però che il nostro ruolo sia quello di cercare di evitare, una volta trovato un accordo, una spesa e un lavoro, che diventerebbero costosissimi ed eccessivi, tenuto conto che lì c'è un accordo fra i due comuni interessati e che su quel territorio non si trovano insediamenti permanenti.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sulla delibera? La parola al cons. Delladio.

DELLADIO: Grazie signor Presidente. Egregi colleghi, intervengo brevemente, perché non posso esimermi, siccome provengo dalla valle di Fiemme conosco abbastanza bene la realtà locale, in modo particolare il problema esposto e trattato in questo punto all'ordine del giorno.

Ho letto gli atti ed i provvedimenti relativi a questo punto e rilevo che è stato commesso un errore materiale, precisamente negli anni '60, quando si sono

accatastate delle proprietà in località Cermis, nel momento che si costruiva la funivia e gli edifici ed il ristorante vicino alla stessa.

Rileviamo che tutti e due i comuni interessati, quelli di Tesero e Cavalese, hanno convenuto con proprie deliberazioni a trovare un accordo per uno scambio di terreni, relativamente alle costruzioni di quel periodo, uno scambio di superficie tra il comune di Tesero ed il comune di Cavalese, perché le costruzioni erano state accatastate sul comune di Cavalese ed erano costruite sul territorio comune catastale di Tesero.

Pertanto, vista la delibera del consiglio comunale di Tesero, vista la delibera del consiglio comunale di Cavalese, vista la delibera della Giunta provinciale di Trento, che recepisce le istanze provenienti dai comuni interessati, visto che c'è un accordo comune fra le parti per modificare le circoscrizioni territoriali, visto anche un risparmio in termini di costi per la realizzazione del referendum ed i tempi brevi che questo provvedimento comporterebbe, è logico, anche per rispondere positivamente alle richieste dei rappresentanti delle collettività interessate, votare favorevolmente questo punto all'ordine del giorno.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Kury, ne ha la facoltà.

KURY: Danke, Herr Präsident! Ich hätte nur gerne eine Information von der zuständigen Assessorin. Sie haben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, daß sich die Gemeinderäte für diese Grenzveränderung ausgesprochen haben. Ich würde gerne von Ihnen wissen, mit welchen Mehrheiten sich die Gemeinderäte ausgesprochen haben, wenn Sie bitte diese Daten verfügbar haben. Danke!

Es ist für mich einfach interessant, um zu wissen, wie die Stimmung in den Gemeinden ist, um hier irgendwie verantwortlich eine Entscheidung treffen zu können.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. La parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: Sto cercando il dato di richiesta della collega. Mi pare che i provvedimenti dei due comuni siano stati adottati all'unanimità. Al di là di questo, collega Kury, dobbiamo tenere conto dell'importanza anche "economica", dopo le illustrazioni fatte dal collega Delladio, di evitare una spesa che verrebbe in parte buttata, perché il tutto è stato fatto in effetti.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Delladio, ne ha la facoltà.

DELLADIO: Grazie signor Presidente. Solo per rispondere alla collega e prendo riferimento alle delibere allegate al provvedimento, si vede che dalla delibera del comune di Cavalese su 17 votanti l'espressione è stata unanime; per quanto riguarda il comune di Tesero altrettanto, nella delibera n. 417, ancora dell'agosto del 1993, si parla di voto unanime espresso in forma palese, per alzata di mano. Grazie.

PRESIDENTE: Faccio presente all'aula che ci vogliono 36 voti favorevoli. Prego i colleghi di prendere posto, perché l'Ufficio di Presidenza deve contare. Siamo in votazione della proposta di delibera n. 25. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? All'unanimità, presenti in aula 44 consiglieri, il Consiglio approva.

Passiamo al punto n. 3) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 62:** **Modifica della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4 concernente "Modifica della legge regionale 2 maggio 1988, n. 10 - Iniziative per la promozione dell'integrazione europea - e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale** (presentato dalla Giunta regionale).

Concedo la parola al Vicepresidente Pahl, per la lettura della relazione.

PAHL:

BEGLEITBERICHT

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hat der Regionalrat die Änderungen zum Regionalgesetz vom 2. Mai 1988, Nr. 10 behandelt. Nach einer umfassenden Diskussion hat der Regionalrat einen Text genehmigt, welcher als Regionalgesetz vom 25. Juni 1995, Nr. 4 erlassen wurde.

Bereits in den ersten Monaten haben sich die vorgeschlagenen Änderungen, mit welchen der ursprüngliche Text ergänzt wurde, als vorteilhaft erwiesen und haben gezeigt, daß der regionale Gesetzgeber gute Arbeit geleistet hat.

Die Regionalregierung hat die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen getroffen und der erzielte Erfolg bestätigt die Exekutive in ihrem Willen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und eventuell jene nicht vorhersehbaren Aspekte auszubauen, die sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ergeben haben.

Aufgrund all dessen wird diese Ergänzung zum Regionalgesetz vom 25. Juni 1995, Nr. 4 vorgeschlagen.

Die Gründe für die Änderungen betreffen die Möglichkeit, den Bezirksgemeinschaften der Provinz Trient, bei welchen es sich um übergemeindliche Körperschaften handelt, die mit besonderen Gebieten direkt in Verbindung stehen, Beiträge für Projekte auf dem Gebiet der Minderheiten zu gewähren, welche diese Einrichtungen der Regionalregierung unterbreitet haben.

Durch diese Initiative soll vermieden werden, die Beiträge unter zu vielen Projekten aufzuteilen. Auf diese Weise werden die örtlichen Körperschaften dazu veranlaßt, gemeinsame Projekte übergemeindlicher Bedeutung vorzuschlagen, wodurch einer Mehrzahl von Bedürfnissen nachgekommen wird.

Ein weiterer Aspekt der Änderungen betrifft strukturelle Maßnahmen, die nicht nur auf die Aufwertung der Minderheiten abzielen, sondern auch jene Körperschaften mit einbeziehen, die die Freundschaft unter den Völkern fördern.

Hieraus resultiert die Finanzbestimmung, mit der eine Neufinanzierung dieser Art von Initiativen für das Jahr 1996 und für die darauffolgenden Jahre vorgesehen wird.

Das Regionalgesetz Nr. 4/95 sah eine einmalige Finanzierung vor. Aufgrund der erzielten Erfolge wird es jedoch für zweckmäßig erachtet, die Beiträge auch für die Zukunft vorzusehen, was auch einen Ausgleich zwischen den laufenden Ausgaben und den Ausgaben auf Kapitalkonto erlaubt und folglich ist im Rahmen des Gesetzes die Möglichkeit gegeben, nicht nur auf die Entwicklung der Konjunktur einzuwirken, sondern auch strukturelle Aspekte zu berücksichtigen.

PRESIDENTE: Concedo la parola al cons. Minniti per la lettura della relazione di minoranza.

MINNITI:

Relazione di minoranza al disegno di legge n. 62

Il presente disegno di legge è una proposta di integrazione ad una Legge regionale, la n. 4 del 25 giugno 1995, il cui contenuto già modificava l'originaria Legge regionale 2 maggio 1988 n. 10.

La proposta normativa si fondava inizialmente sul presupposto che nell'ambito della Provincia di Trento dovessero essere i Comprensori gli interlocutori privilegiati per il finanziamento di iniziative intese a favorire l'integrazione europea, quando la funzione del Compensorio inteso come ente locale con dimensione intermedia tra Comune e Provincia, avente inizialmente compito di assumere attività e decisioni dirette a favorire la crescita civile, economica e sociale delle popolazioni che rappresenta, ha dimostrato oggi tutti i suoi limiti, tanto da essere posta in discussione, anche a livello di proposta legislativa, ormai da alcuni anni.

Appariva quindi una forzatura indicare il Compensorio quale ente funzionale sovracomunale più a diretto contatto con la realtà di specifiche zone, così come non reggeva il tentativo di far passare l'ente Compensorio come strumento indiretto di razionalizzazione della spesa nell'ipotesi di evitare la frammentazione di progetti derivante dalle singole iniziative comunali.

Il principio ispiratore della modifica era quindi in palese contraddizione con l'indirizzo politico-amministrativo regionale rivolto al potenziamento dell'infrastruttura comunale e per questo all'articolo 1 del testo del disegno di legge emendato dalla Commissione sono ora indicati i Comuni o loro Unioni e Consorzi - previsti dalla Legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 - quali soggetti di applicazione della futura norma.

Tuttavia, l'elemento determinante della contrarietà del gruppo di Alleanza Nazionale al disegno di legge in parola rimane la questione della scarsa oculatezza nella spesa pubblica, che appare in modo rilevante in altri due passaggi; laddove la Giunta regionale propone di estendere gli interventi finanziari per la realizzazione di enti, istituti, associazioni intesi a diffondere l'amicizia, l'integrazione e la pace fra i popoli, con particolare riguardo alla diffusione di programmi radiotelevisivi in lingua italiana, tedesca e ladina, nelle Regioni dell'“Accordino” Trentino-Alto Adige - Tirolo - Vorarlberg ed alla diffusione di programmi atti a favorire l'integrazione politica e l'identità culturale europea.

Suddetti enti, istituti ed associazioni dovrebbero infatti possedere i parametri necessari per essere iscritti obbligatoriamente negli appositi albi delle Province di Trento e di Bolzano, in modo da consentire una migliore azione di controllo sia sulla tipologia degli interventi sia sulla gestione dei finanziamenti.

In secondo luogo, il dispositivo finanziario prevede un rifinanziamento per l'anno 1996 e per gli anni a seguire, contro l'intervento "una tantum" disposto dalla Legge regionale 25 giugno 1995, n. 4, senza peraltro l'individuazione a priori di effettive necessità, ma solo "sulla base di un favorevole impatto avuto che si ritiene utile proseguire nel tempo".

Per le argomentazioni sinteticamente esposte, il sottoscritto relatore invita la Giunta a voler ritirare il disegno di legge n. 62.

PRESIDENTE: Concedo la parola al cons. Benedikter per la lettura della relazione di minoranza.

BENEDIKTER:

MINDERHEITENBERICHT
zum Gesetzentwurf Nr. 62 vom 5. Februar 1996

Die Region Trentino-Südtirol hat gemäß Autonomiestatut keine Zuständigkeit hinsichtlich der sprachlichen Minderheiten als solcher, diese Zuständigkeit kann auch nicht von irgend einem in den Artikeln 4 und 5 angeführten Gesetzgebungssachgebiet angeleitet werden. Wohl aber ergibt sich aus den Sachgebieten Art. 8 Ziffer 3 und 4 einwandfrei die Zuständigkeit beider autonomen Provinzen auch für die sprachlichen Minderheiten innerhalb des jeweiligen Territoriums.

Diese Überzeugung heben auch die Regionalräte Peterlini, Tretter, Brugger, Frasnelli, Pahl und Andreotti hervor, welche einen Begehrensantrag eingebracht haben, worin Abänderungen zum Statut vorgeschlagen werden, wonach die Provinz Trient die im Haushalt zu kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zwecken bestimmten Mittel unter Berücksichtigung der Stärke der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung und im Verhältnis zu ihren besonderen Erfordernissen einsetzt (siehe dazu auch Bericht der 1. Gesetzgebungskommission vom 9. April 1996). Am 18. April 1996 ist durch ein Volksbegehren im Trentino der Landesgesetzentwurf Nr. 103 eingebracht worden. "Bestimmungen über die Anerkennung, die Erfassung und den Schutz der minderheitssprachlichen Bevölkerungen der Provinz Trient", worin diese in aller Form mit der Förderung der Entwicklung, der Aufwertung und des Schutzes der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Merkmale der örtlichen sprachlichen Minderheiten beauftragt wird.

Auch der Verfassungsgerichtshof hat im Urteil Nr. 74 vom 12. Mai 1977 unter anderem folgendes ausgeführt:

"Alla stregua dei criteri costantemente affermati dalla giurisprudenza della Corte (specialmente nella sentenza n. 13 del 1974 e nella successiva ord. n. 269) il

ricorso (da parte della Provincia), sebbene proposto nei confronti di una legge anteriore alla cost. n. 1 del 1971 (nuovo Statuto di autonomia), e da considerare in limine ammissibile, perchè non rivolto a respingere indebite invasioni di competenze legislative della Provincia nelle singole materie (prima non contemplate) elencate nello Statuto (nuovo), ma l'integrità dello speciale status di autonomia alla stessa costituzionalmente garantito e del quale il principio di tutela delle minoranze linguistiche è certamente una tra le componenti essenziali."

Übersetzung: "Gemäß den von der Rechtsprechung des Gerichtshofes (besonders im Urteil Nr. 13 von 1974 und in der nachfolgenden Verordnung Nr. 269) beständig bekräftigten Richtlinien ist die Anfechtung (von seiten der Provinz), obwohl gegen ein Gesetz vor Inkrafttreten des Verfassungsgesetzes Nr. 1 von 1971 (neues Autonomiestatut) gerichtet, noch zulässig, weil es nicht darum geht, unzulässige Verletzungen der im (neuen) Statut aufgezählten gesetzgeberischen Kompetenzen abzuwehren (die vorher nicht bestanden haben), sondern die Unversehrtheit des ihr verfassungsrechtlich garantierten besonderen Autonomiestatus zu gewährleisten, wovon der Grundsatz des Minderheitenschutzes gewiß ein wesentlicher Bestandteil ist."

PRESIDENTE: Concedo la parola al Presidente della I^a Commissione legislativa, cons. Atz, per la lettura della relazione.

ATZ:

B E R I C H T

Die 1. Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 5. Juli 1996 den Gesetzentwurf Nr. 62 beraten: Änderungen zum Regionalgesetz vom 25. Juni 1995, Nr. 4 betreffend „Änderungen zum Regionalgesetz vom 2. Mai 1988, Nr. 10 ‘Initiativen zur Förderung der europäischen Integration’ und Verfügungen für die Durchführung besonderer Tätigkeiten von regionalem Belang“

Die Gesetzesmaßnahme war wegen der darin vorgesehenen Ausgabe Gegenstand von Kritik, da sie mit der Sparpolitik der Regierung auf gesamtstaatlicher Ebene nicht vereinbar sei.

Abg. Taverna sprach sie gegen den Gesetzentwurf aus, obwohl die Kommission seinen Änderungsantrag genehmigt hatte, mit dem die Bezirksgemeinschaften als Empfänger von Beiträgen aus dem ursprünglichen Text ausgeklammert wurden. Der Abgeordnete könne die von der Regionalregierung in diesem Bereich verfolgte Politik nicht teilen. Abg. Benedikter hatte gegen den Inhalt der Bestimmungen nichts einzuwenden, war aber mit der Gesetzesvorlage an und für sich nicht einverstanden, da es sich um einen Sachbereich handle, der ausschließlich unter die Zuständigkeit der Provinzen fällt.

Bedenken äußerte Abg. Arena vor allem zu Art. 2, der seiner Ansicht nach jeder Vereinigung erlaubt, mit öffentlichem Geld eine Liegenschaft anzukaufen und eine Tätigkeit mit Gewinnabsichten abzuwickeln, da der Gesetzentwurf keine entsprechende Zweckbindung vorsieht.

Im Laufe der Beratung hat die Kommission einen Zusatzantrag genehmigt, den Art. 1-bis, der vom Regionalausschuß vorgelegt worden war. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mehrheitlich mit den Ja-Stimmen der Abg. Atz, Binelli, Denicolò, Mayr Christine und Peterlini gebilligt. Dagegen stimmten die Abg. Benedikter und Taverna. Abg. Arena enthielt sich der Stimme.

Die Gesetzesvorlage wird nun zur Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

PRESIDENTE: Concedo la parola al Presidente della II^a Commissione, cons. Ianieri, per la lettura del parere finanziario.

IANIERI:

PARERE FINANZIARIO

La II^a Commissione legislativa nella seduta del 18 ottobre 1996 ha esaminato ai sensi dell'art. 41 del Regolamento interno la norma finanziaria contenuta nel disegno di legge n. 62.

Preso atto che nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1996 è prevista la dotazione necessaria a copertura della spesa derivante dal presente provvedimento, la Commissione, a maggioranza con i voti favorevoli dei conss. Denicolò, Frasnelli e Munter, il voto contrario del cons. Gasperotti e le astensioni dei conss. Bolzonello, Kury, Ianieri e Leitner, ha espresso parere finanziario favorevole.

Si rimette pertanto il provvedimento all'esame del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale sul disegno di legge. Qualcuno intende intervenire? La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Presidente, non siamo più abituati a discutere i disegni di legge in quest'aula, solo a parlare sull'ordine dei lavori, quindi abbiamo bisogno di un po' tempo per metterci in moto. Credo che anche il collega Willeit abbia presentato degli emendamenti, per cui vorrà intervenire.

Vorrei dire questo, poi lo vedremo nell'articolato. I problemi che si vedono in questo disegno di legge non sono legati alle modifiche, quasi tutte di carattere un po' tecnico, che cambiano la quantità dei soldi e cambiano poco la sostanza dell'impostazione della legge, ma riguardano proprio il modo con cui la legge viene gestita. Noi tutti sappiamo che ci sono stati degli interventi, delle proteste da parte delle associazioni a cui vengono dati questi fondi e quindi credo che dipenda dal fatto che i fondi di questa legge non sono gestiti in modo chiaro e trasparente e questa è una cosa che abbiamo sempre richiesto.

Credo ci sia un altro problema e lo vediamo al comma 2 dell'art. 1, quando si dice che dopo le parole "minoranze etniche" si inserisca anche "enti, istituti, associazioni, intese a diffondere l'amicizia, l'integrazione e la pace fra i popoli", va benissimo, chi potrebbe non essere favorevole a questo. Però sono convinta che

abbiamo troppo pochi strumenti per capire effettivamente a chi vengono dati i soldi della Regione e credo che abbiamo avuto nei tempi passati degli esempi che non ci possono non preoccupare. Credo che in quest'aula sia stato detto più di una volta e ancora una volta il problema che rimane è quello della difficoltà di capire esattamente come vengono usati.

Credo che come minimo bisognerebbe arrivare a una separazione di quelli che sono i fondi che vengono dati, separare proprio i capitoli, per i soldi che vengono usati nella Regione, a favore delle minoranze locali e quelli che vengono usati fuori, questo potrebbe essere un piccolo intervento, che permette di capire meglio quali sono realmente gli obiettivi per cui si usano questi soldi.

Vorrei fare anche un discorso più generale. Noi siamo una Regione in cui ci sono delle minoranze e non trovo niente di negativo che ci sia un'attenzione particolare per le minoranze nel resto d'Europa. Quello che invece non posso condividere è che la Regione Trentino-Alto Adige, che ha trovato una soluzione pacifica e cosiddetta modello per le sue minoranze, per quello che riguarda la provincia di Bolzano in particolare, sta facendo comunque dei passi avanti, che speriamo vengano portati avanti da chi di dovere con la celerità necessaria, anche nella provincia di Trento.

Quello che non posso condividere è che la Regione invece usi i suoi soldi per sostenere quelle associazioni europee che, invece di valorizzare le minoranze, utilizzano questo argomento in modo strumentale, per portare avanti un concetto di Europa, fondata sui micronazionalismi.

Noi non possiamo nasconderci e sappiamo benissimo che la Regione è socio della FUEV, non voglio qui approfondire, perché presenterò un'interrogazione; c'è una letteratura veramente molto preoccupante su questa associazione, noi siamo allo statuto e troppo poco andiamo a vedere quali sono invece i rappresentanti reali, i membri, i soci di queste associazioni, in particolare questa, però probabilmente anche altre, visto che non siamo in grado di controllarlo.

Vorrei dire che non sarei mai d'accordo - l'assessore Pahl penso invece abbia delle altre intenzioni - ma credo che dovrebbe essere una decisione presa da tutti con chiarezza, presa dalla maggioranza, che non venga fatta al di fuori di una scelta politica evidente, non sarei d'accordo con una legge, che promuova un concetto di Europa etnico-federalista, cioè fondata su micronazionalismi locali, che sicuramente non potrebbero contribuire alla pace, ma sarebbero il fondamento di una situazione conflittuale e ci porterebbe indietro di tantissimo tempo.

Non voglio oggi approfondire troppo questo aspetto, però mi è sembrato necessario, indispensabile dire almeno queste parole, perché ritengo che questa legge non venga gestita come si deve, in modo trasparente, che non sappiamo esattamente per quale integrazione europea la provincia mette a disposizione i suoi soldi.

Un intervento sicuramente importante, fondamentale, per me è quello della separazione delle risorse, quelle che riguardano il livello locale e quelle invece che vanno spese per l'Europa per iniziative che creino dei collegamenti e credo che questo possa essere un piccolo contributo per migliorare la gestione di questa legge.

Ripeto, non sono convinta che sia sufficiente, credo ci siano dei problemi maggiori, devo dire che confesso di non avere una soluzione, perché si abbia la certezza che l'impegno della Regione, nei riguardi di un'idea di integrazione europea, questi soldi vengano spesi effettivamente per l'integrazione e non piuttosto per la separazione, per la secessione.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter. Er hat das Wort.

BENEDIKTER: Eigentlich ist in meinem Minderheitenbericht alles gesagt und zwar begründet nicht mit irgendwelchen Meinungen, sondern begründet durch den Begehrensantrag, den die Regionalratsabgeordneten Peterlini, Tretter, Brugger, Frasnelli, Pahl und Andreotti seinerzeit eingebracht haben, wo Abänderungen zum Statut vorgeschlagen werden, wonach die Provinz Trient die im Haushalt zu kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zwecken bestimmten Mittel unter Berücksichtigung der Stärke der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung und im Verhältnis zu ihren besonderen Erfordernissen einsetzen muß. Also daß diese Bestimmung des Art. 15 des Autonomiestatutes auch auf die Provinz Trient bezogen wird, weil man eben davon ausgeht - zum Unterschied von damals, von 1971 - daß es auch in Trient ladinische und deutsche sprachliche Minderheiten gibt. Dementsprechend ist dann dieser Begehrensantrag eingebracht worden.

Dann kommt ein Volksbegehren im Trentino, Landesgesetzentwurf Nr. 103, wo auch wieder die Förderung der Entwicklung, der Aufwertung und des Schutzes der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten des Trentino durch die Provinz verlangt wird. Deshalb kann ich, wenn ich auch in der Sache selber, mit der Förderung der europäischen Integration usw. einverstanden bin, den Gesetzentwurf nicht annehmen, da dieses Sachgebiet die Zuständigkeit der Provinzen betrifft. Ich kann nicht auf der einen Seite die Abschaffung der Region verlangen, wenn ich auf der anderen auch mit diesem Gesetz eine neue Zuständigkeit zuerkenne, die sie nicht hat und zwar nicht nur wegen des so eingebrachten Begehrensantrags von seiten der Mehrheitspartei, der Südtiroler Volkspartei, sondern auch weil der italienische Verfassungsgerichtshof - und ich verfolge diese Urteile seit 1956 ständig, denn dort sind ja die ersten Urteile erlassen worden - weil der italienische Verfassungsgerichtshof auch damals gesagt hat: die Provinz Bozen ist zuständig, so wie es in der Übersetzung heißt: "... zulässig, weil es nicht darum geht, unzulässige Verletzungen der im (neuen) Statut aufgezählten gesetzgeberischen Kompetenzen abzuwehren (die vorher nicht bestanden haben), sondern die Unversehrtheit des ihr verfassungsrechtlich garantierten besonderen Autonomiestatus zu gewährleisten, wovon der Grundsatz des Minderheitenschutzes gewiß ein wesentlicher Bestandteil ist.". Also auch der italienische Verfassungsgerichtshof hat anhand des bestehenden Statutes festgestellt, daß für den

Minderheitenschutz, "... il principio di tutela della minoranza linguistiche è certamente una tra le componenti essenziali." die Provinz zuständig ist.

Deswegen kann ich nicht einverstanden sein, daß man mit Regionalgesetz eine Zuständigkeit zuerkennt, die sie nicht hat und die noch dazu eine heikle Zuständigkeit ist. Wenn schon die Provinzen diese Zuständigkeit haben und sich auch der italienische Verfassungsgerichtshof in diesem Sinne ausgesprochen hat, dann darf ich nicht diese Zuständigkeit auf die Region übertragen. Durch diese Änderung wird es ja weiter bekräftigt, schaffe ich eben die Voraussetzungen, daß die Region zuständig wird für ein neues Sachgebiet und nicht dort zuständig bleibt, wo sie gemäß bestehendem Autonomiestatut die Zuständigkeit hat, sondern für ein neues Sachgebiet, das noch dazu darin besteht, Förderung zwecks Erhaltung der sprachlichen Minderheiten vorzusehen, wofür die autonome Provinz Bozen - und jetzt soll es auch auf die autonome Provinz Trient ausgedehnt werden - eigens durch das Paket, durch das alte Autonomiestatut dazu ermächtigt worden ist. Ihr wißt, im Paket ist zum ersten Mal zu den Zuständigkeiten der Provinzen der Schutz und die Pflege der geschichtlichen, künstlerischen und volklichen Werte dazu gekommen, dann örtliche Sitten und Bräuche wie kulturelle Einrichtungen, Bibliotheken, Akademien, Institute, Museen provinziellen Charakters, örtliche künstlerische, kulturelle und bildende Veranstaltungen und Tätigkeiten. In der Provinz Bozen können auch Hörfunk und Fernsehen verwendet werden unter Ausschluß der Befugnis zur Errichtung von Hörfunk- und Fernsehstationen. Also ausdrücklich Dinge, die mit der Förderung der Sprache und der Kultur der Minderheiten zu tun haben, abgesehen primär und sekundär von der Schulautonomie. Wir waren ja an sich mit dem Gesetz nicht einverstanden, denn schon das Gesetz hat von Haus aus die Region damit befaßt, anstelle daß die Provinzen diesbezüglich meinetwegen gleichlautende Gesetze gemacht hätten.

Auf der einen Seite verlangt man dann die Abschaffung der Region und gleichzeitig verleiht man dieser Region eine neue Zuständigkeit, noch dazu die heikelste, die in diesem Zusammenhang in Frage kommt, d.h. die Förderung der sprachlichen Minderheiten, denn gerade deswegen sind die Provinzautonomien geschaffen worden, im Zusammenhang mit dem Paket. Also auf der anderen Seite kann man dann sagen: Aber wir haben doch ein Koalitionsabkommen vom 18. März 1994 im Regionalrat verkündet, wo drinnen steht: Widerruf des Los von Trient, Verpflichtung zur Stärkung der Region, siehe dieses Gesetz, um die nationale Einheit Italiens zu verteidigen. So steht es im offiziellen Koalitionsabkommen. Entweder oder? Dem Koalitionsabkommen entsprechend sind auch diese Ergänzungen, das ist sicher. Aber sie entsprechen nicht, wenn man davon ausgeht, daß die Region die Zuständigkeit nicht hat - und das ist keine Spitzfindigkeit von mir, das hat auch der Verfassungsgerichtshof festgestellt. Auch die Südtiroler Volkspartei hat das nie behauptet, daß etwa die Region diesbezüglich irgendeine Zuständigkeit hätte. Im Gegenteil, man hat gesagt, daß die Region, obwohl sie aufrechtgeblieben ist, mit dem Paket, was den Minderheitenschutz und die Förderung der Volksgruppenrechte betrifft, keine Zuständigkeit hat. Sie hat nur einige Zuständigkeiten hinsichtlich des Ordnungswesens von einer ganzen Reihe von örtlichen Körperschaften und hier wird das Koalitionsabkommen bekräftigt. Schon mit

dem Gesetz als solchem und nicht nur mit diesen Ergänzungen hat man der Region diese Zuständigkeit verliehen, damit sie nicht abgeschafft wird. Ich weiß, da hat ein Senator längst wieder einen Verfassungsgesetzentwurf eingebracht, eine Art Kompromißformel, wo er sagt, Regionalregierung braucht es keine, aber das Regionalparlament muß aufrechtbleiben und hat folgende Zuständigkeiten: Ordnungswesen für alles einschließlich selbstverständlich was Sprachgruppenförderung betrifft. Es gibt aber keinen Regionalauschuß, es gibt nur einen Regionalrat, der aber eine ganze Reihe von Zuständigkeiten hat wo man davon ausgeht, daß diese Ordnungsgesetzgebung für diese insgesamt nicht große Region einheitlich sein soll.

Ich stelle nur fest, daß der Regionalrat - ich gehe davon aus, daß selbstverständlich eine Mehrheit hier ist, die auch diese Ergänzungen wieder genehmigen wird - auch mit diesen Ergänzungen zu dem Gesetz Ja sagt zum Weiterbestehen der Region, denn sie kriegt ja eine neue und zwar wesentliche Zuständigkeit für die Erhaltung, für den Schutz, die Entwicklung der in der Region bestehenden Sprachgruppen. Das wäre sicher ein Ja zur Region und zwar nicht weil man sagt, lassen wir wenigstens das Regionalparlament mit Ordnungsgesetzgebung weiterfunktionieren, sondern die Region ist am besten geeignet die jeweiligen Minderheitssprachgruppen zu versorgen und zu schützen. Wenn das Rom einleuchtet, dann wird Rom selbstverständlich bei einer Verfassungsreform die Region als solche beibehalten, auch wenn man in der Zeitung liest, daß Herr Durnwalder in Rom aufgetreten ist und gefordert hat, daß die Region abgeschafft werde und nur die Provinzen anerkannt werden. Da wird der Regionalrat mit den Stimmen der Südtiroler Volkspartei bekräftigen, daß die Notwendigkeit des Fortbestehens der Region besteht.

PRÄSIDENT: In der Generaldebatte hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet. Dann schließe ich diesen Teil der Generaldebatte ab und gebe das Wort für die Replik dem Vizepräsidenten Pahl.

PAHL: Ich möchte nur kurz auf die wesentlichen Fragen eingehen.

Zunächst von der Frau Abgeordneten Zendron. Frau Abgeordnete, es gibt keinerlei Proteste, jedenfalls sind keine bekannt von Vereinen bezüglich dieses Gesetzes. Sie meinen wahrscheinlich ein anderes Gesetz, aber von diesem weiß ich eigentlich nichts. Jedenfalls gibt es in meinem Büro keine Akten, die darauf hinweisen würden. Es kann schon sein, daß in den Medien mal etwas erschienen ist, aber sonst weiß ich es nicht. Unabhängig davon müssen wir natürlich, wenn dieses Gesetz genehmigt wird, ein Reglement machen, daß die Einzelheiten für die Anwendung regelt. Wir haben auch schon für das geltende Gesetz ein Reglement, das ist hier zusammengefasst, wo eine Veröffentlichung mit dem Gesetz plus das Reglement enthalten ist. Das kann jeder haben. Sie haben gemeint - es wird einen entsprechenden Antrag von den Ladins geben - man sollte ein eigenes Kapitel machen für die Förderung von lokalen Minderheiten bzw. jenen von auswärts. Das ist eine Frage der politischen Opportunität. Ich lehne es allerdings ab.

Was die FUEV betrifft muß ich Ihnen widersprechen. Sie haben gemeint, es gäbe lettere molto preoccupanti sulla FUEV, sie würden micronazionalismi locali feststellen, che non contribuiscono alla pace. Mir ist nichts davon bekannt, die FUEV ist auf internationaler Ebene hochgeachtet und hat sehr sehr viele Minderheiten in ihren Reihen, praktisch aus ganz Europa bis hinüber zum Ural. Aus dieser Sicht ist die FUEV in jeder Hinsicht geeignet, Minderheiteninteressen auf europäischer Ebene zu vertreten. Es wird auch im Frühjahr wieder ein eigener FUEV-Kongreß stattfinden und Sie können selbstverständlich ebenfalls daran teilnehmen, dann können Sie sich überzeugen, daß nichts dergleichen der Fall ist.

Zum Herrn Abgeordneten Benedikter. Ich gebe Ihnen vollkommen recht in einem Punkt und ich teile diese Auffassung seit eh und je, daß die Region natürlich nicht zuständig ist für die Förderung der Minderheiten. Das wäre ja eine Rückkehr in Verhältnisse, die vor dreißig, vierzig Jahren schon mal bestanden haben. Es ist auch erfreulich, daß der Verfassungsgerichtshof - wie Sie darauf hingewiesen haben - die Zuständigkeit der Provinzen für die Förderung der Minderheiten festgeschrieben hat. Die Förderungen der Minderheit im eigentlichen Sinne meint natürlich die Fragen der Schule, der Universität, die Fragen der Sprache, des Proporz, die Ausbildung der Schüler auch für Berufsschulen in Minderheiten, Kindergärten und dergleichen. In all diesen Fragen ist gemäß Autonomiestatut ausschließlich die Provinz Bozen zuständig, das ist selbstverständlich. An dieser Kompetenz wird beileibe nicht gerüttelt, allerdings hat dieses Gesetz eine ganz andere Zielsetzung. Hier geht es nur um die Förderung sogenannter europäischer Initiativen und zwar steht hier im Artikel 1 immer in Abstimmung mit dem Land. Die Abstimmung mit den Ländern erfolgt dadurch, daß Vertreter beider Provinzen im Beirat sind und dort die Abstimmung erfolgt.

Außerdem kann die Region jährlich an die Provinzen einen Beitrag leisten, den sie dann völlig selbständig für die Förderung der Minderheiten vergeben. Die Region hat - ich glaube - seit drei Jahren jedes Jahr einen Beitrag an die Provinzen Bozen und Trient gegeben, den sie dann völlig selbständig verwalten. Dabei haben wir uns in keiner Weise eingemischt, es muß sich nur um europäische Initiativen handeln. Die Förderung des Europagedankens, das ist der zentrale Punkt dieses Gesetzes. Wir greifen keineswegs ein in Fragen Proporz, Schulen, Zweisprachigkeit und dergleichen. Das ist überhaupt nie Gegenstand einer solchen Diskussion, wohl aber sind europäische Initiativen vor allem darauf ausgerichtet, die Begegnungen junger Menschen zu fördern. Das tut auch die Provinz, aber wir machen das ausschließlich im Sinne des Europagedankens. Natürlich auch im Sinne der Bewußtseinsbildung über die Rechte von Minderheiten. In diesem Sinne ist die Region öfters Gastgeber für internationale Kongresse, sehr häufig auch auf direktem Wunsch der Länder, wo wir dann die Finanzierung übernehmen, unmittelbar im Interesse der Länder. Wir haben also praktisch nichts anderes als sozusagen eine Dienstfunktion auch im Sinne der Europearegion Tirol. Wir mischen uns aber nicht mehr rhetorisch, unter keinen Umständen, in Fragen der speziellen Minderheitenangelegenheiten Schule, Sprache, Proporz und dergleichen ein. Wir legen lediglich Wert darauf, daß dieses Bewußtsein

mit Mitteln der Region gefördert wird, aber es wird hier kein eigenes Regionbewußtsein entwickelt, sondern ganz im Gegenteil.

Wir benützen dieses Gesetz, um auch auf die Existenz von Minderheiten im Trentino zu verweisen, die Deutschen in Lusern und die Ladiner im Trentino und dabei finanzieren wir nur Initiativen in direkter Absprache mit diesen Minderheiten, und zwar in jenen Bereichen, in denen es das Land Trient nicht schon von sich aus macht. Dabei ist wiederum in keinem Fall die Schule als solche ein Gesprächsgegenstand oder die Sprache. Auch diese Minderheiten des Trentino bitten ja immer wieder, daß wir solche Finanzmittel bereitstellen für europäische Initiativen d.h. speziell für Begegnungen innerhalb und außerhalb. Die Förderung der Minderheiten in der Region, konkret heißt das im Trentino und nicht in Südtirol, ist also nichts anderes als ein Sonderbereich der europäischen Initiativen. Aber eine Aufwertung der Region findet in dieser Weise ganz bestimmt nicht statt, sondern wir sagen, jetzt benützen wir Geld der Region, das früher in andere Bereiche geflossen ist, zur Förderung der Bewußtseinsbildung für die Rechte der Minderheiten prinzipiell innerhalb aber auch außerhalb. Die Vielzahl der Gesuche und die Vorschläge, die uns gerade von Landesseite bzw. von Seiten der Provinz Trient kommen, weist darauf hin, daß diese Dienstfunktion, die Bereitstellung von Mitteln, die finanzielle Beteiligung auch an Initiativen der Länder, sehr wohl willkommen ist, aber es ist keine eigene Minderheitenpolitik, da ist in Südtirol sowieso nur das Land Südtirol zuständig. Ich lasse nie einen Zweifel daran, daß das so ist.

Was die Ladinerförderung betrifft: Es wird gleich nachher der Vertreter der Ladins einen Änderungsantrag einreichen, um ein eigenes Haushaltskapitel für die Förderung der Minderheiten zu verlangen. Ich lehne ein solches eigenes Haushaltskapitel ab, weil gerade dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß es eine gesonderte Minderheitenpolitik gäbe an den Interessen der Länder vorbei. Das ist nicht der Fall. So glaube ich ist also das was das Regionalgesetz hier macht nichts anderes als die Ausübung einer Dienstvorschrift im Interesse der Länder, der Minderheiten generell, und der Zuspruch den wir auf europäischer Ebene erfahren beweist dies auch ausdrücklich. Ich vergesse als zuständiger Assessor auch niemals zu verweisen auf die statutarischen Voraussetzungen, daß die Hauptverantwortlichkeit bei den Ländern liegt und daß wir nur im Sinne des Europagedankens der Europäischen Union und des Europarates europäische Initiativen zur Begegnung und zur Bewußtseinsbildung fördern, aber keine eigene Gesetzgebungs- oder Verwaltungspolitik als eigenständige Maßnahme. Es kann natürlich sein, daß andere Kollegen hier eine andere Auffassung haben auch in der Regionalregierung, das ist Sache eines jeden. Selbstverständlich wenn sie einen italienischen Vertreter der Regionalregierung hören, dann wird der Inhalt einer Stellungnahme nicht ganz der gleiche sein, als wenn ich eine Stellungnahme abgebe. Ich bin Vertreter der deutschen Bevölkerung und indirekt auch der ladinischen Bevölkerung im Ausschuß der Region und als solcher vertrete ich natürlich mit besonderem Nachdruck auch die Interessen der Bevölkerung Südtirols. Allerdings dann alle drei Sprachgruppen zusammen, weil die italienische Jugend von den Europainitiativen genauso erfaßt wird wie die ladinische oder die deutsche Volksgruppe. Das vorläufig als kurzen Hinweis.

PRÄSIDENT: Danke. Wir stimmen jetzt ab über den Übergang zur Sachdebatte. Wer mit dem Übergang einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand heben? Danke. Wer stimmt dagegen? Vier Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? Fünf Enthaltungen. Damit ist der Übergang zur Sachdebatte mehrheitlich genehmigt. Wir kommen zum Artikel 1

Art. 1

(Ambito di applicazione della legge)

1. Dopo la lettera c ter) del comma 1 dell'articolo 2 della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4 è inserita la seguente lettera:

- "c quater) può conferire finanziamenti ai Comuni e agli Enti di cui alla legge regionale n. 3/1994 in cui hanno sede le minoranze linguistiche su progetti dagli stessi presentati alla Giunta regionale, finalizzati alla realizzazione di iniziative ai sensi della lettera c bis)".

2. Alla lettera e ter) del comma 3 dell'articolo 2 della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4, dopo le parole "minoranze etniche" sono inserite le seguenti parole "e di enti, istituti ed associazioni intesi a diffondere l'amicizia, l'integrazione e la pace fra i popoli".

Deutsch bitte.

DENICOLO':

Art. 1

(Anwendungsbereich des Gesetzes)

1. Im Artikel 2 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 25. Juni 1995, Nr. 4 wird nach Buchstabe c-ter) nachstehender Buchstabe eingefügt:

"c-quater) kann sie den Gemeinden und den Körperschaften, die im Regionalgesetz Nr. 3/1994 vorgesehen sind und in deren Gebiet sich Sprachminderheiten befinden, Beiträge für Projekte gewähren, die diese Einrichtungen der Regionalregierung zur Verwirklichung von Initiativen im Sinne des Buchstaben c-bis) unterbreiten.

2. Im Artikel 2 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 25. Juni 1995, Nr. 4 werden unter Buchstaben e-ter) nach den Worten "ethnische Minderheiten" die Worte "und von Körperschaften, Instituten und Vereinigungen, die die Freundschaft, die Integration und den Frieden unter den Völkern fördern," eingefügt.

PRÄSIDENT: Einen Änderungsantrag von Abgeordneten Grandi und Holzer:

Nella lettera c quater dell'articolo 1 le parole "agli Enti di cui alla legge regionale n. 3/1994" sono sostituite dalle parole "alle forme collaborative intercomunali di cui alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1".

DENICOLO': Änderungsantrag eingereicht von Abgeordneten Grandi und Holzer:

Im Artikel 1 Buchstabe c-quater werden die Worte "den Körperschaften, die im Regionalgesetz Nr. 3/1994 vorgesehen sind und" durch die Worte "den Formen der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit gemäß dem Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1," ersetzt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Abänderungsantrag. Abgeordneter Pahl, bitte.

PAHL: Es handelt sich nur um eine technische Änderung, es ist nämlich das falsche Gesetz zitiert worden. Nicht 3/1994 sondern 4. Jänner 1993 Nr. 1, das ist beim Einbringen falsch angegeben worden. Das ist rein technisch.

PRÄSIDENT: Danke für die Spezifizierung, Herr Vizepräsident. Dann stimmen wir ab über den Abänderungsantrag. Wer dafür ist möge bitte die Hand heben? Danke. Wer stimmt dagegen? Drei Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 11 Enthaltungen. Damit ist der Abänderungsantrag genehmigt. Wir kommen zum Artikel. Wer meldet sich zu Wort? Entschuldigung, es ist noch ein Abänderungsantrag von dem Abgeordneten Grandi und Holzer.

Il comma 2 dell'articolo 1 del disegno di legge n. 62 é sostituito dal seguente:

2. Alla lettera e ter) del comma 3 dell'articolo 2 della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4 le parole "funzionali all'attuazione di iniziative volte alla valorizzazione delle minoranze etniche", sono sostituite dalle parole", ivi compresi gli acquisti di beni, funzionali all'attuazione di iniziative promosse da enti, istituti ed associazioni, al fine di valorizzare le minoranze etniche e di diffondere, anche attraverso la documentazione storica, l'amicizia, l'integrazione e la pace tra i popoli".

DENICOLO': Änderungsantrag, eingebracht von der Regierung.

Im Gesetzentwurf Nr. 62 wird im Artikel 1 der Absatz 2 durch den nachstehenden ersetzt:

"(2) Im Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe e-ter) des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1995, Nr. 4 werden die Worte ", die der Verwirklichung von Initiativen zur Aufwertung der ethnischen Minderheiten dienen," durch die Worte "einschließlich des Ankaufs von Gütern, die der Verwirklichung von Initiativen seitens Körperschaften, Instituten und Vereinigungen zur Aufwertung der ethnischen Minderheiten und zur Förderung der Freundschaft, der Integration und des Friedens unter den Völkern, unter anderem auch durch eine Vertiefung der historischen Kenntnisse," ersetzt."

PRÄSIDENT: Meldet sich jemand zu Wort zum Abänderungsantrag? Bitte, Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Mi faccio una domanda: quando ci si propone di acquistare beni ecc., quali siano le reali intenzioni, a che cosa si pensi concretamente, perché ho l'impressione che questa legge diventi sempre più piena di parole, per poter permettere

di fare tutto e questo è legato al fatto che abbiamo già detto prima, mancanza di trasparenza e criteri precisi fa sì che non sappiamo come vengano usati i soldi.

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ: Diese Bestimmung hier ist eigentlich eher weitläufig. Es können Körperschaften, Institute, Vereinigungen zur Aufwertung der ethnischen Minderheiten, zur Förderung der Freundschaft, der Integration und des Friedens unter den Völkern sorgen, unter anderem auch durch eine Vertiefung der historischen Kenntnisse.

Welche konkreten Kriterien gibt es dafür, denn unter der Integration, dem Frieden unter den Völkern kann man sehr, sehr vieles verstehen. Wie gedenkt hier der Assessor Kriterien zu schaffen, denn für die Integration und den Frieden unter den Völkern glaube ich sind dann alle Körperschaften. Historische Vertiefung der historischen Kenntnisse, das wäre schon ein konkreter Hinweis. Gibt es hier irgendwelche ganz konkreten Angelpunkte, dann bitte nennen Sie uns diese? Sonst bitte sagen sie nach welchen konkreten Kriterien dies dann beurteilt wird?

PRÄSIDENT: Abgeordneter Gasperotti, bitte.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Anch'io chiedo, soprattutto per la parte che mette in evidenza le possibilità, quindi anche attraverso la documentazione storica, l'amicizia, l'integrazione e la pace tra i popoli. Abbiamo tolto quel comitato scientifico, l'ultima modifica alla legge, ha tolto la rappresentanza dei diversi e non siamo più garantiti nemmeno dal punto di vista della necessità di avere più idee all'interno di queste iniziative, si corre davvero il rischio che la maggioranza si autoalimenti e finanzia iniziative solo volte a dare lume e bella figura a chi amministra, cioè non tanto alle popolazioni residenti in questa Regione, nei confronti di altre, lo scambio culturale necessario, come era il principio fondamentale della legge e quindi le iniziative e la promozione e l'integrazione europea, ma solo volte a portare acqua al mulino della Giunta.

Avendo tolto il Comitato scientifico è chiaro che non siamo più garantiti, si corre il rischio, come ho già espresso in più occasioni, e noi attraverso questa legge legittimiamo l'intervento del singolo assessore o della Giunta, su iniziative che dovrebbero invece essere di tutta la collettività. Questo è come dare il passaporto per girare il mondo, il nullaosta per entrare in tutte le porte, anche quelle blindate, finanziare solo certe iniziative rispetto ad altre.

Le perplessità sollevate dalla collega Zendron rispetto alla associazione FOLV sono fondate e potrebbero essere messe in evidenza nel miglior modo, se all'interno di questa legge ci fosse una garanzia per chi non la pensa come questa Giunta, ma domani potrebbe essere un'altra, quindi il rispetto delle minoranze, non abbiamo incluso nessuna salvaguardia di idee diverse rispetto alla maggioranza.

Il Comitato scientifico è composto da capiufficio, responsabili di dipartimento, personale assunto ad hoc, ecc., sono tutte funzioni che non sono

rappresentative di idee diverse, se avete paura delle idee diverse utilizzate altri canali, la politica dà modo di rispondere anche a quesiti come questo, non sicuramente ponendo in legge possibilità di intervento, che non sono di controllo o che almeno per adesso non abbiamo il controllo e nemmeno la partecipazione alla discussione politica, al dibattito politico, per quale canale, per quale iniziativa promuovere e finanziare, anche attraverso questo emendamento, che dà maggiori interessi diretti della Regione rispetto alle associazioni o alle iniziative.

Quindi l'acquisto di beni, le funzioni e l'attuazione delle iniziative promosse da enti, istituti e associazioni, al fine di valorizzare le minoranze etniche e di diffondere, anche attraverso la documentazione storica, vorrei sapere dove sono garantito, come partito democratico Rifondazione comunista, nella presenza laddove si dice "documentazione storica". Questa non è riservata all'aula, non perché sono un'esigua minoranza, ma forse perché sono solo ed esclusivamente minoranza, anche perché la collega Zendron sollevava altre questioni collegate al modo di pensare diverso di quanto evidenziato attualmente da questa Giunta.

Quindi la mia contrarietà al fatto che non ci sia un controllo in questa legge e che qui si dia spazio alla costruzione di un consenso, anche attraverso la produzione di documentazione storica, come l'ultima di Magagnotti o altro, invece che produrre dell'altro si producono queste pubblicazioni, che sono condivise sicuramente dalla Giunta se sono pubblicate, ma non sono certo condivise dal Consiglio, questa documentazione storica potrebbe essere un messaggio distorto, rispetto alla complessità e globalità di questo Consiglio.

Il mio voto è contrario, invito i colleghi a sostenere l'iniziativa del voto segreto. Grazie.

PRÄSIDENT: Möchte der Vizepräsident replizieren? Abgeordneter Pahl, bitte.

PAHL: Es hat mehrfach - und zwar bezogen auf das Trentino - Wünsche gegeben, man sollte auch Beiträge geben eventuell zum Ankauf von Liegenschaften, zum Ausbau eines Saales oder zur Restaurierung eines Hauses und zwar im besonderen Zusammenhang für Interessen von Minderheiten.

Das betrifft die Deutschen wie die Ladinier und um das wirklich auf Minderheiten zu begrenzen - das betrifft aber nur das Trentino, denn in Südtirol ist das keine Diskussion -, haben wir vorgeschlagen, daß das speziell begrenzt werden soll nur im Interesse der Minderheiten und sonst nichts. Aber das ist wiederum kein Eingriff in allgemeine Rechte von Minderheiten, sondern es geht auch hier um die Förderung, wenn z.B. eine Minderheit wünschen würde, einen Sitz zu sanieren, restaurieren oder einen neuen zu kaufen, um die Tätigkeit als Minderheit im speziellen Fall Jugendbegegnungen über den Grenzen hinweg, die man vielleicht in Luzern oder sonst wo in Trentino organisiert, zu fördern. Zu diesem Zwecke könnte dann auf diese Weise ein Beitrag bereitgestellt werden. Mehr besagt es nicht. Ich schließe es von vornherein aus, daß hier Beiträge für Immobilien gegeben werden, wenn es nicht im Zusammenhang mit Minderheiten steht. Also, rein die historische Forschung und dergleichen ist

dann nicht mehr Sache der Region, sondern das ist reine Landessache in Trient bzw. Bozen. Aber wie gesagt es betrifft alles nur eventuell Interessen von Minderheiten in der Provinz Trient.

PRÄSIDENT: Es ist Geheimabstimmung beantragt worden. Wer schließt sich dem Antrag an? Danke. Damit bitte ich um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

WILLEIT: (Sekretär): (ruft die Namen auf)
(segretario): (fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	58
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	25
weiße Stimmzettel:	6

Damit ist der Abänderungsantrag zum Artikel 1 genehmigt. Jetzt stimmen wir über den ganzen Artikel ab. Wortmeldungen sehe ich keine. Bitte, Abgeordneter Benedikter.

BENEDIKTER: Das ist ja der eigentliche Sachartikel und ich muß leider antworten auf die Antworten, die mir der Vizepräsident Pahl gegeben hat.

Nämlich diese Argumente sind vielleicht für Leute, die sich rechtlich nicht kümmern, aber rein rechtlich, verfassungsrechtlich, stimmt das nicht. Weder die Provinz noch die Region haben allgemeine Zuständigkeiten mit Ausnahme dessen was dem Staat vorbehalten wird, sondern haben die Zuständigkeiten die ihnen, der Region und den Provinzen, im Autonomiestatut wörtlich zugestanden sind. Eine solche Zuständigkeit ist sicher bei der Region nicht vorhanden und man kann nicht sagen, sie leistet ja eine Dienstfunktion. Wo steht das geschrieben? Die Region neben ihren gesetzgeberischen Zuständigkeiten ist auch Dienerin der Provinzen. Abgesehen davon, daß das verfassungsrechtlich jedenfalls in der italienischen Verfassung keinen Sinn hätte. Die Dienstfunktion ist eine reine Erfindung, die mit der bestehenden Verfassung einfach nichts zu tun hat oder das Trentino betrifft nur Südtirol. Das ist dann ganz uninteressant ob es nur das Trentino oder nur Südtirol betrifft. Für Südtirol tut die Region ja nichts. Entweder sie hat die Zuständigkeit für Minderheitenschutz allgemein oder sie hat sie nicht, denn hier ist selbstverständlich und trotz allem von Minderheitenschutz die Rede. Es steht ja auch in dieser Abänderung, daß es in Gebieten, in denen sich Sprachminderheiten befinden, Projekte zur Verwirklichung von Initiativen gibt, und dort ist eben die Rede vom Schutz.

Weder die Region noch die Provinzen haben eine Zuständigkeit für Europa. Man könnte sagen, das war auch nirgends vorgesehen. 1969/1970, wie das neue

Autonomiestatut verfasst worden ist, hat man das nicht voraussehen können. Wenn schon kann man ableiten, daß dort wo die Region zuständig ist hinsichtlich der europäischen Ausrichtungen, dort wo sie heute eine Zuständigkeit hat, sagen wir Gemeindeordnung u.s.w., ebenso die Provinzen, dort wo sie an sich zuständig sind, dort können sie auch die europäischen Auswirkungen wahrnehmen. Es gibt keine Zuständigkeit für Europa. Die Provinzen sind nicht zuständig für Europa und daher kann die Region nicht dafür zuständig sein. Der einzige Staat ist heute nach wie vor für alles zuständig was immer passieren kann, auch für den Komet, der jetzt nahe an der Erde vorbeiswirrt. Da kann meinetwegen der Staat etwas tun, aber nicht die Region oder die Provinzen. Ob dann die Region das tut mit Abstimmung mit dem Land oder nicht, das hat mit der Zuständigkeit nichts zu tun. Wir haben ja seinerzeit gestritten und haben uns eingesetzt im Zusammenhang mit dem ersten Autonomiestatut, daß die Region von ihren 48 Zuständigkeiten, die sie abgibt, etwas behält. Dann sind eben diese Dutzend Zuständigkeiten geblieben von 48. Seinerseits hat Odorizzi schon geltend gemacht: wir handeln ja im Regionalrat in Übereinstimmung mit den Mehrheiten der beiden Provinzen, als ob das die Zuständigkeit ersetzen würde. Die Region soll weiter bestehen - steht im Koalitionsabkommen - , sie soll sogar potenziert werden d.h. noch etwas dazu bekommen, siehe Minderheitenschutz und siehe andere Dinge wo hier Gesetze verabschiedet worden sind, die nicht in die Zuständigkeit der Region fallen z.B. die Ortspolizei, die Gemeindefinanzen u.s.w. Sie soll weiter bestehen und muß etwas mehr Zuständigkeit bekommen und die gibt man ihr inzwischen vom Regionalrat aus. Die Mehrheit der beiden Landtage gesteht der Region diese zusätzlichen Zuständigkeiten zu und sie soll eben weiter bestehen.

Daher stimmt es eben auch wieder nicht, daß eine Aufwertung der Region bestimmt nicht stattfindet. Ja, wenn das keine Aufwertung ist, wenn die Region für alles zuständig ist, was mit Europa zu tun hat, wo man diese Zuständigkeit aus ihren bestehenden gesetzgeberischen Zuständigkeiten nicht ableiten kann. Das können sie - wie gesagt - den Südtirolern erzählen, die es weiter nicht der Mühe wert erachten darüber näher nachzudenken aber nicht mir, keinem Juristen. Daher bleibt es dabei, verfassungsrechtlich ist die Region für Minderheitenschutz nicht zuständig. Der Regionalrat, die Mehrheit der beiden Landtage erkennt der Region eine neue Zuständigkeit zu im Sinne der Potenzierung, damit eben die Region die Berechtigung hat weiter zu bestehen.

Das ist der Sinn des ganzen und deswegen kann ich, unabhängig von der Sache, nicht zustimmen, weil es auch dem widerspricht was man dann andererseits vorgibt zu betreiben, jetzt wieder Los von Rom, die Region muß abgeschafft werden und das stimmt eben nicht. Ich habe schon gesagt, wenn Herr Durnwalder in Rom sagt, die Region muß abgeschafft werden, dann weiß er genau, daß es nicht dazu kommt und nicht nur weil die Zweikammerkommission, die die Verfassungsreform vorbereiten soll, in Mehrheit nicht einverstanden sein wird, sondern weil innerhalb der Region mit der Südtiroler Volkspartei nach wie vor das Einverständnis besteht, daß man an der Region nichts ändert, sondern im Gegenteil ihr sogar etwas dazu gibt, damit sie nach außen

mehr Berechtigung hat neben den beiden Provinzen als dritte Einrichtung, daß man eben bei 900.000 Einwohner eben drei Parlamente und drei Regierungen braucht u.s.w.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Ianieri, bitte.

IANIERI: Scusi, è stato un errore.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über den Artikel 1 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Zwei. Wer enthält sich der Stimme? Sieben Enthaltungen. Damit ist der Artikel 1 genehmigt.

Art. 1 bis
(Svolgimento di particolari attività)

1. Alla fine della lettera a) del comma 1 dell'articolo 7 della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4 sono aggiunte le seguenti parole " , anche mediante contributi".

Änderungsantrag von Abgeordneten Grandi und Holzer:

Nel comma 1 dell'articolo 1 bis sono cancellate le seguenti parole "anche mediante contributi" e vengono sostituite dal seguente periodo: "La Regione può altresí compartecipare o concedere patrocinio finanziario ad enti ed associazioni per la realizzazione di appositi criteri da approvare con deliberazione della Giunta regionale."

DENICOLO':

Art. 1-bis
(Durchführung besonderer Tätigkeiten)

1. Im Artikel 7 des Regionalgesetzes vom 25. Juni 1995, Nr. 4 werden im Absatz 1 unter Buchstabe a) die nachstehenden Worte hinzugefügt: ", auch auf Grund von Beiträgen".

Änderungsantrag zum Artikel 1-bis

Im Artikel 1-bis Absatz 1 werden die Worte", auch auf Grund von Beiträgen" durch folgenden Satz ersetzt: "Die Region kann weiters an der Durchführung obengenannter Tätigkeiten mitwirken oder Körperschaften und Vereinigungen finanzielle Unterstützung für dieselbe gewähren, und zwar auf Grund der Festsetzung von Modalitäten, die mit Beschluß des Regionalausschusses zu genehmigen sind."

PRÄSIDENT: Meldet sich jemand zum Änderungsantrag zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand

erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Zwei. Wer enthält sich der Stimme? Damit ist der Änderungsantrag bei 8 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen genehmigt.

Nun kommen wir zum 1-bis in dieser Fassung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Fünf. Wer enthält sich der Stimme? Sechs. Damit ist der Artikel 1-bis genehmigt. Da nehme ich gleich vorweg, daß das Jahr mit 1997 korrigiert wird.

Art. 2
(Norma finanziaria)

1. Per le finalità previste dalla lettera e ter) del comma 3 dell'articolo 2 della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4, viene quantificato, un onere annuo pari a lire 2.400 milioni.

2. Alla copertura dell'onere di lire 2.400 milioni gravante sull'esercizio 1997 si provvede mediante riduzione di pari importo del fondo globale iscritto al capitolo n. 2300 dello stato di previsione della spesa per il medesimo esercizio.

3. Per gli esercizi successivi si provvede con legge di bilancio, ai sensi dell'articolo 7 e nei limiti previsti dall'articolo 14 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, recante norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione.

DENICOLO'

Art. 2
(Finanzbestimmung)

1. Für die im Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe e-ter) des Regionalgesetzes vom 25. Juni 1995, Nr. 4 vorgesehenen Zwecke beläuft sich die Ausgabe auf 2.400 Millionen Lire jährlich.

2. Die Ausgabe von 2.400 Millionen Lire zu Lasten des Haushaltsjahres 1997 wird durch Kürzung eines gleich hohen Betrages im Sammelfonds gedeckt, der im Kapitel 2300 des Ausgabenvoranschlags für dasselbe Haushaltsjahr eingetragen ist.

3. Die Ausgabe für die nachfolgenden Haushaltsjahre wird mit Haushaltsgesetz im Sinne des Artikels 7 und in den Grenzen gemäß Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 betreffend Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region gedeckt.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer stimmt für den Artikel 2? Bitte die Hand oben halten, wir müssen zählen. Danke. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Also:

Abstimmende:	40
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	12

Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Der Artikel 2 ist genehmigt und wir kommen zum Artikel 2-bis vom Abgeordneten Willeit, Ianieri, Zendron und Giordani.

Art. 2-bis

1. Per le finalità previste dalle lettere c-bis e c-quater del comma 1 dell'art. 2 della L.R. 25.06.1995, n. 4 viene quantificato un onere annuo pari a Lit. 2.000.000.000.

2. Alla copertura dell'onere di Lit. 2.000.000.000, gravante sull'esercizio 1997, si prevede mediante riduzione di pari importo del "fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi", di cui al capitolo di spesa 670 e la sua iscrizione in conto competenze e cassa al capitolo di nuova costituzione, cap. 315 "Interventi a favore delle minoranze linguistiche".

3. Per gli esercizi successivi si provvede nel modo previsto dal comma 3 dell'articolo precedente.

DENICOLO': Änderungsantrag 2-bis, vorgelegt von den Abgeordneten Willeit, Ianieri, Zendron und Giordani.

Nach Art. 2 wird folgender neuer Artikel 2 bis eingefügt:

1. Für die mit Buchstabe c-bis und c-quater von Absatz 1 des Art. 2 des RG v. 25.06.1995, Nr. 4 vorgesehene Zielsetzung wird eine jährliche Ausgabe von 2.000.000.000.- Lire festgesetzt.

2. Die Deckung der Ausgabe von 2.000.000.000.- Lire für das Rechnungsjahr 1997 erfolgt mittels Reduzierung des gleich hohen Betrages im Ausgabenkapitel Nr. 670: "Verfügbarer Betrag zur Deckung von mit gesetzlichen Maßnahmen zusammenhängenden Auslagen" und dessen Eintragung in die Kompetenz- und Kassagebarung des neu errichteten Kapitels Nr.315 "Maßnahmen für die Sprachminderheiten".

3. Für die nachfolgenden Rechnungsjahre erfolgt die Deckung gemäß Absatz 3 des vorstehenden Artikels.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Willeit hat das Wort zur Erläuterung.

WILLEIT: Signor Presidente grazie, però non so se conviene sospendere i lavori, perché in tre minuti sarà difficile che si possa discutere ed approvare questo punto.

PRÄSIDENT: Möchten Sie nachmittag reden? Gut, einverstanden. Wir sehen uns um 15 Uhr. Damit schließen wir die Arbeiten ab.

(ore 12.57)

(ore 15.10)

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit dem Namensaufruf

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Debatte fort. Der Abgeordnete Willeit hat das Wort zur Erläuterung seines Antrages Abänderungsantrag 2-bis.

WILLEIT: Egregio signor Presidente ed egregi colleghi, consentitemi di premettere qualche considerazione sulla competenza in materia da parte della Regione, essendo stato trattato questo argomento questa mattina.

Desidero soltanto avvertire che a mio avviso la teoria dell'attribuzione forfetaria ed esclusiva della competenza per la tutela delle minoranze alle Province autonome è una teoria assolutamente sbagliata. Se così fosse direi che occorrerebbe per ogni minoranza una Provincia, poco ma sicuro, perché l'unica tutela veramente efficace e la prima tutela delle minoranze consiste nella considerazione unitaria della comunità, non solo la Provincia, ma tutte le istituzioni - lo ripeto, l'ho già detto più volte in questo Consiglio - tutte le istituzioni esistenti, dallo Stato, alla Regione, alle Province, ai Comuni, alle scuole e così via sono chiamate ad attuare il principio della tutela delle minoranze, principio che troviamo come un filo attraverso gli atti costitutivi dello Stato, della Regione, delle Province, dei Comuni e così via.

E' chiaro per ognuno di noi che le Province non possono non incontrare limiti nell'esplicazione delle loro competenze, limiti di ordine territoriale, anche di ordine funzionale, sia verso l'alto che verso il basso. A mio avviso, e qui desidero contestare ancora una volta il collega Benedikter, la Regione ha competenza in materia di tutela delle minoranze linguistiche, ne ha a tutela originaria ed a tutela primaria, basti leggere attentamente le norme dello Statuto, ad iniziare dall'art. 1 e passare chiaramente all'art. 2 e per arrivare all'art. 4, nessuno credo possa mettere in dubbio la funzione di collegamento e di coordinamento della Regione, soprattutto per quanto concerne le minoranze che sono distribuite su ambedue le Province.

Ed arrivo a quanto ha affermato l'assessore Pahl, che ha già annunciato un voto contrario al mio emendamento per il semplice fatto che sembra esaltare la funzione amministrativa della Regione. Non ho ben capito se era un contentino nei confronti del cons. Benedikter o se era detto sul serio, perché non intravedo la benché minima possibilità che l'emendamento da me proposto e sottoscritto da altri colleghi possa variare la natura della funzione; non è il pagamento, ma è l'attività che determina la competenza, questo è chiaro, una volta esercitata l'attività bisogna sopportarne le spese, d'altronde non vi è differenza fra funzione di integrazione europea e tutela delle minoranze.

E poi desidero ancora chiedere o porre la domanda a tutti: e le altre funzioni amministrative le mettiamo in dubbio? Finché ci sono e finché c'è la Regione sono funzioni amministrative, ma sono funzioni della Regione, non vorrei fare questo confronto per una funzione che si dice indubbiamente alla Regione, quella di tutela delle popolazioni e del contatto fra le popolazioni ed altre competenze, basti considerare, questa volta sì, la spesa di 5 miliardi contro i 50 o i 100 miliardi per altre attività o i 200 o 300 per fondi pensioni, per Tavolare, per Catasto, per Camere di Commercio, per previdenze e via dicendo.

Arrivo alla spiegazione del mio emendamento. Voi sapete che questa legge ha due finalità ben distinte, l'una riguarda appunto l'integrazione europea, la seconda la tutela delle minoranze sul territorio regionale, queste due funzioni sono ben distinte, ma non nella spesa, per la spesa, per il pagamento e per l'amministrazione finanziaria abbiamo la sola parte riguardante l'integrazione europea, questo rende impossibile finalizzare, quantificare la spesa nel momento della programmazione, rende impossibile anche programmare la stessa funzione e lascia alla discrezionalità dell'esecutivo erogare le spese. Ora direi che sarà questa la cosa che bisogna evitare per prima, cioè trasferire, cioè di lasciare la discrezionalità all'esecutivo e non regolamentare mediante l'organismo legislativo.

Ho controllato le spese di questa legge relative all'anno 1995, sono appena stati spesi 5 miliardi, ma di questi 5 miliardi, soltanto il 10% è stato speso per le minoranze linguistiche, mentre il 90% è andato ad altri scopi, non ho certo controllato la rendicontazione minuta, le fatture, le delibere, i mandati, le reversali e così via, ma ho controllato l'elenco delle spese, a me basta però il solo rapporto fra spesa a favore delle popolazioni della Regione e spese a favore di popolazioni diverse per capire quanto è errata la distribuzione delle spese per questa legge.

Occorre dunque porre rimedio alla distribuzione disparata, alla discrezionalità ed alla poca o non sufficiente trasparenza, questo rimedio è possibile soltanto attraverso la specificazione della spesa in sedi di approvazione del bilancio, dividendo pertanto i capitoli che consentono l'erogazione di spese a favore dell'integrazione europea da quelli che consentono le spese per la tutela delle minoranze linguistiche.

Ricordo ancora che attraverso questo emendamento non si sposta di un solo millimetro la natura o la funzione della Regione.

Chiedendovi l'approvazione, chiedo anche la votazione a scrutinio segreto, se qualcuno mi sostiene.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Lei ha concluso il suo intervento, collega Willeit, ha fatto la richiesta che l'emendamento venga votato a scrutinio segreto e la sua richiesta è stata sostenuta da 5 consiglieri.

Sull'emendamento qualcuno intende intervenire? Nessuno. Allora prego distribuire le schede, siamo in votazione dell'emendamento n. 8695 del collega Willeit, che è stato testé illustrato.

Prego il collega Divina di collaborare con la Presidenza, siamo in votazione dell'emendamento Willeit.

Prego i consiglieri di allontanarsi dall'urna e procediamo all'appello.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento Willeit:

votanti	59
schede favorevoli	22
schede contrarie	33
schede bianche	4

Il Consiglio non approva.
Passiamo all'art. 3.

Art. 3
(Testo unificato)

1. Il Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta, è autorizzato a riunire e coordinare in forma di Testo Unificato le norme contenute nella presente legge con le norme contenute nel testo unificato, approvato con decreto del Presidente della Giunta regionale 19 luglio 1995, n. 12/L.

Art. 3
(Vereinheitlicher Text)

1. Der Präsident der Regionalregierung wird durch Beschluß der Regierung dazu ermächtigt, die in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen und die Bestimmungen des mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 19. Juli 1995, Nr. 12/L genehmigten Vereinheitlichten Textes, zu einem Vereinheitlichten Text zusammenzufassen und zu koordinieren.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Collega Gasperotti, intende prendere la parola? No. Nessuno intende intervenire.

Pongo in votazione l'art. 3. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano.

Ripeto, siamo in votazione dell'art. 3. Chi intende votare l'articolo è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Astenuti?

Con 3 voti contrari, 5 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 3 è approvato.

Ci sono dichiarazioni di voto?
La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich verstehe, daß die Trentiner Abgeordneten diese Abstimmung nicht nur nicht interessiert, sondern daß sie eben wenn es darauf ankommt gegen meinen Standpunkt sind, eben weil die Region auch mit diesem Gesetz wieder gestärkt wird.

Ich wiederhole nicht, was ich im Minderheitenbericht schon gesagt habe, sondern ergänze nur in dem Sinne, daß wir - der Regionalrat - hier das vierte Mal der Region eine Zuständigkeit zuerkennen, von der dann auch Rom Kenntnis nehmen wird. Ich weiß - da hat es geheißen - Herr Durnwalder ist auf dem Standpunkt, bevor das Land ein Gesetz macht über Ortspolizei, wo wir eine eigene Zuständigkeit haben, muß die Region ein Rahmengesetz machen. Also, die Region hat ein Rahmengesetz gemacht und dann hat das Land sich erst erlaubt, obwohl es eine eigene Zuständigkeit hat, ein eigenes Gesetz über Ortspolizei zu machen. Dann hat die Region ein Gesetz gemacht über Gemeindefinanzen. Die Region ist zuständig für Gemeindeordnung und nicht für Gemeindefinanzen. Für Gemeindefinanzen gibt es einen eigenen Artikel des Autonomiestatutes, wo es heißt, daß für die Gemeindefinanzen das Land zuständig ist. Dann hat man über alle diese Gesetze, die im Zusammenhang stehen mit den sogenannten Sozialrenten aller Art, Familienrenten u.s.w., bewußt gesagt, die Region ist nicht nur zuständig für ergänzende Zuständigkeit für soziale Vorsorge, sondern diese Zuständigkeit umfaßt auch die soziale Fürsorge. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in einem Artikel der Südtiroler Wirtschaftszeitung in aller Form - es scheint nicht auf wer der Urheber ist - ausgeführt wird, welche Rolle in diesem Zusammenhang die soziale Fürsorge spielt und daß die Fürsorge eben nicht zusammen mit der Vorsorge wahrgenommen werden kann.

Daraus kann man folgendes schließen, daß entweder der Staat zuständig ist und bei uns eben das Land. Also hat man hier der Region eine wesentliche Zuständigkeit hinsichtlich Fürsorgeleistung zuerkannt. Ich weiß wir sind hier Rufer in der Wüste, aber jedenfalls ist wenigstens eine Gruppe da, die das anprangert, was hier neuerdings von der selben Partei vertreten wird, die angibt - siehe Atz -, daß die Abschaffung der Region eben im Zuge der kommenden Verfassungsreform durchgeführt werden muß. Damit fährt man auch heute noch fort. Wo in Rom diese Verfassungsreform jetzt in Gang gekommen ist, erkennt die Mehrheit des Regionalrates und damit die Mehrheit der beiden Landtage der Region Zuständigkeiten zu, die sie nicht hat gemäß Autonomiestatut und die sie sozusagen braucht wenn sie weiterleben soll.

Das ist die Politik. Da wird dem Südtiroler Volk etwas vorgetäuscht, als ob man für die Abschaffung der Region wäre, während man gleichzeitig mit Gesetzgebungsakten die Autonomie der Region noch vermehrt und befestigt. Daher stimmen wir dagegen.

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Danke, Herr Benedikter. Wer meldet sich sonst zu Wort. Niemand
Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.
Ich bitte um den Namensaufruf und um ein bißchen Ruhe.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

WILLEIT: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Prego i colleghi di prendere posto.
Comunico l'esito della votazione del disegno di legge n. 62:

votanti	61
schede favorevoli	27
schede contrarie	25
schede bianche	9

Il Consiglio approva.

Proseguiamo con l'ordine del giorno concordato nella Conferenza dei capigruppo: **Mozione n. 157**, presentata dai consiglieri regionali Andreotti, Durnwalder, Grandi, Atz, Binelli, Achmüller, Benedikter, Bondi, Chiodi, Delladio, Divina, Frasnelli, Gasperotti, Holzer, Hosp, Kofler, Mayr, Montefiori, Moser, Muraro, Pallaoro, Saurer, Taverna, Tosadori, Viola, Klotz, Boldrini, Conci e Romano, affinché si intraprenda ogni iniziativa atta a ripristinare la legalità nella popolazione trentina.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Consiglieri, prego di fare silenzio e di prendere posto.
Il primo firmatario intende dare lettura della mozione?
Prego, collega Binelli.

BINELLI:

MOZIONE

Constatato che:

il 6 febbraio scorso una pattuglia di 16 agenti, su ordine del Procuratore della Repubblica di Trento, Francantonio Granero, ha perquisito le sedi del Partito Autonomista Trentino Tirolese e le abitazioni dei suoi dirigenti.

Poiché non è stato smentito, deve essere vero che l'intervento della Procura della Repubblica è conseguenza di un esposto del Consigliere Regionale Carlo Palermo che avrebbe indicato delle irregolarità nel tesseramento del Partito inquisito e del conseguente svolgimento del relativo congresso celebrato nel 1992.

Lascia perplessi la circostanza che una materia come quella dei rapporti interni di una associazione - certamente sindacabile, in sede civilistica, su impulso dei soci dell'associazione stessa - si trasferisca, con una logica che potrebbe avere come presupposto il semplice fatto che questa associazione è un partito politico, in sede penale.

Ma la perplessità si trasforma in grave preoccupazione, quando si apprende - come si è appreso e senza smentita - che l'ipotesi di reato configurato è quella di cui all'articolo 294 del Codice Penale, cioè "attentato contro i diritti politici del cittadino".

L'introduzione di questa ipotesi di reato crea interrogativi inquietanti se ha, come presupposto, i comportamenti interni di un partito, i rapporti di forza all'interno del medesimo e le modalità con le quali un partito realizza le proprie decisioni e le proprie scelte di linea politica ed amministrativa.

La Costituzione - nel momento in cui ha affidato ai partiti la funzione di concorrere a "determinare la politica nazionale" - è stata di una prudenza e di una saggezza estreme e si è limitata a richiedere che essi adottino il "metodo democratico" lasciando, per il resto, cioè per la propria organizzazione interna e per le modalità di conseguimento dei loro obiettivi, ampia ed insindacabile libertà, con potere di autocontrollo da parte degli organi interni, nella consapevolezza che le libertà politiche sono il presidio più sicuro ed ineludibile della democrazia.

Ma anche le conseguenze concrete delle citate iniziative della Magistratura trentina pongono interrogativi altrettanto preoccupanti.

In via di fatto, c'è un partito che ha responsabilità di Governo che è stato posto, in un modo inusitato, e moralmente violento, nel drammatico interrogativo di essere una associazione per delinquere; c'è un'intera popolazione che, indipendentemente dalle autonome e diverse scelte politiche personali di ciascuno, si interroga se un partito cui l'elettorato ha attribuito largo consenso, abbia finalità diverse da quelle di concorrere alla formazione della politica provinciale; c'è un partito che, nei fatti, è condizionato nello svolgere il proprio congresso nei tempi e nei modi stabiliti dai propri organi eletti; ci sono, infine, migliaia di persone che temono di vedersi perquisite per il solo fatto di aver aderito ad un partito politico.

Di fronte a quanto sta accadendo non si può rimanere indifferenti, perché, al di là dell'ipotesi d'accusa, la situazione, come si è determinata e come si sta evolvendo, investe le regole fondamentali del sistema ed il libero esercizio dei diritti politici.

Poiché - proprio per le premure del Procuratore della Repubblica - si è invocato l'articolo 294 del Codice Penale, non è irriuale - nella presente situazione e nei suoi

riflessi - interrogarsi quanto le iniziative qui lamentate concorrano a difendere e a garantire il libero esercizio dei diritti politici del cittadino.

Poiché è impensabile, in una società ordinata, lasciare irrisolti questi dubbi e lasciare sospesa ed incerta la tranquillità dei cittadini rispetto ai propri diritti,

IL CONSIGLIO REGIONALE DELLA REGIONE AUTONOMA TRENINO-ALTO ADIGE

dà mandato al Presidente del Consiglio di intraprendere, presso il Ministero di Grazia e Giustizia e presso il Consiglio Superiore della Magistratura, ogni iniziativa atta a ripristinare, nella popolazione trentina, la legalità scossa da queste vicende.

Signor Presidente e signori consiglieri, vorrei aggiungere soltanto alcune considerazioni a supporto e sostegno di questa iniziativa consiliare largamente sottoscritta da numerosissime forze politiche e da 30 colleghi consiglieri, che ringrazio, perché in effetti quanto è successo nel mese di febbraio di quest'anno e nelle settimane successive ha quanto meno lasciato sconcertata gran parte della comunità trentina; mai è successo nell'ambito della storia del Partito autonomista e dei partiti del Trentino che la Magistratura si sia occupata in maniera così pesante delle vicende interne dell'associazione stessa.

Sono migliaia i cittadini della Provincia di Trento che sono stati convocati presso le sedi dei Comandi dei Carabinieri o presso le procure del tribunale per essere interrogati sulla loro appartenenza politica e se è vero che la Costituzione garantisce la segretezza del voto il dichiarare o il richiedere l'appartenenza politica e l'orientamento equivale ad invadere quella sfera delicata, riservata della privacy di ciascuno che è fondamento anche per l'organizzazione degli stati democratici.

E' un principio che qualora venisse minato porterebbe inevitabilmente, se venisse sancita la possibilità ed il diritto di indagare all'interno del modo di pensare e dell'orientamento politico dei singoli cittadini che può portare a forme di organizzazione statale che nulla hanno a che fare con le tradizioni democratiche. Questo è il meccanismo che ha fatto sì che il Gruppo a cui appartengo abbia inteso chiedere un pronunciamento al Consiglio regionale attorno a questi avvenimenti e, ovviamente, quello che è successo per il Partito autonomista potrebbe succedere per qualunque altra forza politica sulla base di un teorema ipotetico accusatorio che ha, secondo noi, dell'inverosimile.

Allora ecco il motivo per il quale è stato richiesto a numerosi consiglieri ed alle altre forze politiche di sottoscrivere questo documento, che in molti hanno sottoscritto e che ringrazio, proprio per ribadire tra l'altro la nostra grande tradizione civica di rispetto delle regole democratiche e non è mai successo nella storia del Trentino che una forza politica abbia deliberatamente deciso di imbrogliare i propri sostenitori, viceversa nell'ipotesi accusatoria si dice proprio questo, io sono un ingegnere e non un esperto in materie giuridiche, ma proprio per questo credo di poter dire queste cose, perché questa è l'impressione che si ha avuta girando per le vallate del

Trentino e per le nostre comunità, gente disorientata, scandalizzata, anche costretta a percorrere 40 o 50 chilometri in macchina lasciando la sede di lavoro per recarsi presso la sede della procura del Tribunale di Trento o di Rovereto e solamente perché la Procura ha voluto verificare l'appartenenza politica e all'interno dello stesso partito l'orientamento presso l'uno o l'altro degli schieramenti interni o delle cosiddette correnti, anche se per la verità all'interno del Partito autonomista correnti ufficiali non ne esistono, perché nessuno ha raggiunto a tutt'oggi il quoziente percentuale statutario per poter dare luogo ad una corrente.

Questa vicenda è stata ampiamente, in barba alla segretezza ed alla riservatezza delle indagini, comunicata sulla stampa quotidianamente dai due quotidiani 'Adige' e 'Alto Adige' in provincia di Trento, puntualmente foraggiata ed informata non si sa bene da chi, ma sicuramente non da Binelli Eugenio, sicuramente da chi aveva gli elementi per poter dare queste informazioni ed allora è parso che fosse maggiore l'interesse nel creare disorientamento che non quello della ricerca della verità, ed allora se posso comprendere l'esigenza di chiarire le cose, non posso giustificare certi metodi, e credo che con me siano in molti a condividere questa opinione, metodi usati nelle indagini, che - come ho detto - hanno avuto più il sentore dell'intimidazione che non quello della ricerca della verità. Del resto anche in sede di udienza preliminare presso il GIP tante delle ipotesi accusatorie o dei metodi seguiti sono stati puntualmente ridimensionati, e questo peraltro fa onore alla Magistratura, non tanto perché ha dato ragione alle nostre istanze, quanto perché questo ha dimostrato che all'interno di quell'organismo c'è ancora una indipendenza di valutazione ed una equità di giudizio.

Detto questo, non mi dilungo ulteriormente su questi aspetti, però va pur sempre ricordato che a seguito di questa indagine il Partito autonomista, che aveva in dirittura di arrivo un appuntamento congressuale, si è visto costretto a rinviarlo, perché sono stati di fatto sequestrati gli elenchi degli iscritti, le proposte di iscrizione, sono stati cioè sottratti alla struttura del partito quegli strumenti indispensabili per poter arrivare ad un'assemblea congressuale nel rispetto delle procedure interne, cosa che del resto è sempre stata fatta. Fa comunque specie, e va detto una volta per tutte, perché la popolazione trentina ha diritto di essere tutelata, che queste cose vengono sollevate oggi su avvenimenti accaduti nel 1992 ed il fatto si commenta da sé, ora, poiché l'ipotesi di reato configurato è quella di cui all'art. 294 del Codice penale e gli esperti in materia giuridica sapranno spiegarlo sicuramente meglio di me, mai è successo, è successo una volta, due o forse tre, sicuramente si può contare sulle dita di una mano, che in Italia sia stata sollevata un'ipotesi accusatoria di questo genere, tanto per dire che tutto sommato questa ipotesi accusatoria deve essere di una gravità così eccezionale da trovare memoria storica solo in pochissimi esemplari.

Allora mi chiedo se l'attentato ai diritti dei cittadini sia quello che ha eventualmente commesso il Partito autonomista o se viceversa non siano attentati contro i diritti politici del cittadino quelli che hanno proceduto ad una sistematica verifica dell'appartenenza e della militanza politica, io come cittadino se voglio posso aderire ad una forma di partito, lo posso sostenere e se voglio vado in piazza a dirlo a tutti, se non vado in piazza ho il sacro e santo diritto che la mia militanza o il mio sostegno debbano

rimanere riservato fintanto che sono nei limiti della correttezza dei rapporti democratici, questo diritto deve essere assicurato e non può essere messo in discussione da un'indagine della Magistratura, che in queste indagini deve andare estremamente cauta, ed invece è andata come un bulldozer.

Ecco, colleghi, il motivo per il quale abbiamo inteso presentare questa mozione e, per la verità, il Partito autonomista non si è fermato qui, ha presentato anche un esposto all'organo superiore della Magistratura e agli organi dello Stato, perché quanto è successo anche nei limiti della libertà di iniziativa di indagine rasenta proprio gli estremi tollerabili.

PRESIDENTE: Informo l'aula che non c'è nessuna contrarietà, così mi è stato riferito dal capogruppo del Partito autonomista, sull'emendamento proposto a firma dei cons. Bondi, Gasperotti e Chiodi, di cui dò lettura:

‘Il dispositivo della mozione n. 157 è così sostituito:

“IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE

dà mandato al Presidente del Consiglio di intraprendere, presso il Ministero di Grazia e Giustizia e presso il CSM, ogni iniziativa atta a ripristinare, nella popolazione trentina, un clima di serenità e di civile convivenza scosso dalle vicende di cui in premessa.”.’

Sulla mozione la parola alla collega Klotz.

KLOTZ: Um es gleich vorwegzunehmen: ich glaube auch, daß dies eine Frage der Legalität ist, und nicht, auch wenn es noch so wichtig ist, eine Frage des politischen Klimas. Das ist meines Erachtens eine Frage der Legalität, denn solche Maßnahmen gegen politische Parteien führen automatisch zu Einschüchterungsversuchen oder auch -maßnahmen. Wenn das stimmt, was wir hier in den Prämissen lesen, nämlich daß Tausende von Personen - ich nehme an die Mitglieder der Partei - eine Durchsuchung befürchten und zwar nur, weil sie Mitglied einer politischen Partei sind, dann ist das bereits massive Einschüchterung und das ist eine Frage der Grundsäulen eines heutigen zivilen Zusammenlebens, nämlich der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Infolgedessen ist es eine Frage der Legalität und nicht eine Frage des Klimas.

Es handelt sich in erster Linie um eine politische Angelegenheit. Unsere politische Gruppierung war oft Zielscheibe solcher Einschüchterungsversuche. Wir haben uns immer dagegen gewehrt, daß im Grunde die Meinungsfreiheit in Frage gestellt wird. Denn zum Recht auf freie Meinungsäußerung gehört automatisch das Recht, sich zu politischen Gruppierungen und zu Parteien zusammenzuschließen, um politische Ziele zu erreichen sowie um etwas in der Gesellschaft und in der politischen Landschaft zu verändern. Infolgedessen handelt es sich hier sicherlich um schwere Eingriffe.

Deshalb ist es für uns keine Frage, daß wir zustimmen und wir haben aus diesem Grund auch letztes Mal einer Vorziehung zugestimmt. Die Anklage auf Anschlag auf die politischen Rechte der Staatsangehörigen ist sehr massiv. Das ist eine

schwere Anschuldigung und die Maßnahmen, die anscheinend infolge dieser Anschuldigung getroffen werden, haben sicher dazu geführt, daß sehr viele besorgt sind, aber auch eingeschüchtert worden sind. Insofern muß man hier den Anfängen wehren. Wir in Südtirol haben das bereits 1985 das erste Mal getan, aber leider bin ich damals persönlich allein geblieben, weil damals die Fraktionen des Südtiroler Landtages es nicht für notwendig erachtet haben, etwas zu unternehmen, obwohl das ein klarer Präzedenzfall war. Für das Trentino scheint das ein Präzedenzfall zu sein und nachdem es immer noch die Region gibt, bin ich der Meinung, daß wir hier alle aufgerufen sind, das Unsere zur Wahrung der freien Meinungsäußerung und auch zur Wahrung des Rechtes, sich als politische Gruppe zu konstituieren und als politische Gruppe zu arbeiten, zu tun.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz **Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Der Abg. Palermo hat das Wort.

PALERMO: Signor Presidente, sono quasi divertito nel discutere questa mozione, perché evidentemente per l'argomento trattato avrei ritenuto corretto non parlarne, ma visto e considerato che c'è una ventina di consiglieri almeno che ne vuole parlare e che vuole assumere questa iniziativa, credo che sia autorizzato a dire qualche cosa, anche perché mi vedo citato alla quarta riga e dato che mi pare che è scritto una qualche cosa che non corrisponde al vero, intanto vorrei cortesemente avvisare il Presidente del Consiglio ed i colleghi che l'approveranno che smentisco quanto è scritto e, chiaramente, se viene approvata questa mozione mi ritengo autorizzato a prendere le mie iniziative di vario genere nei confronti di coloro che approvano questo testo, perché io lo smentisco.

Non è vero che io abbia presentato un esposto alla Procura della Repubblica di Trento, è del tutto falso, sono stato ascoltato dalla Magistratura di Trento ed ho reso determinate dichiarazioni che riguardano l'attuale Vicepresidente del Consiglio regionale Franco Tretter in relazione a commistione fra affari privati e pubblici e di partito, dallo stesso gestiti tramite attività dallo stesso condotte come Presidente di una Cassa rurale, affari immobiliari gestiti in proprio e attraverso la di lui moglie, attraverso circoli ed associazioni ricreative di cui lui è presidente e di cui gestisce contributi erogati da Provincia e Regione, attraverso attività svolte da associazioni di trentini all'estero che usufruiscono di contributi provinciali e quindi anche di gestioni di appalti, quali ad esempio la gestione dei servizi di tesoreria, che è curata da un pool di banche del quale fa parte la stessa Cassa rurale di cui è presidente l'attuale Vicepresidente del Consiglio.

Se si discute in qualche misura del congresso del partito PATT in questa mozione, è solo perché si dà una visione parziale e molto frammentaria di quello che è un accertamento in corso da parte della Magistratura di cui vi sono molti aspetti e molte sfaccettature, che evidentemente non traspaiono in questa mozione, ma se si vuole se ne

possono discutere molto più a lungo, così degli arricchimenti del cons. Franco Tretter tramite acquisizioni da fallimenti, vendite a dei soggetti per valori superiori a quelli reali e così via di seguito.

Di questi si parla davanti...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Ich bitte Sie sich an den Inhalt der Anfrage zu halten. Prego attenersi al contenuto della mozione, non può usare l'occasione per attaccare il Vicepresidente!

PALERMO: E' proprio per attenermi al contenuto della mozione, che sto spiegando il contenuto di ciò che ho dichiarato alla Magistratura e che non corrisponde assolutamente a quanto è scritto nelle righe da 4 a 7 nella mozione, quindi lo smentisco e lo spiego.

Se ho parlato di determinati aspetti che riguardano l'organizzazione interna del PATT è solo e semplicemente perché in quella occasione ho ritenuto mio dovere riferire alla Magistratura di Trento il fatto che l'assessore Casagranda, pubblicamente in Consiglio provinciale, faceva oggetto di manifeste e pubbliche minacce nei confronti del proprio partito, in relazione al possesso di documenti che riguardavano l'organizzazione interna del partito.

Cosa risultava da queste documentazioni in possesso dell'assessore Casagranda e da lui riferite al sottoscritto, di che cosa si parlava? Di un discorso molto semplice, che nel 1992 non doveva essere la corrente di Tretter a vincere il congresso, ma doveva essere il cons. Casagranda e conseguentemente la politica che ne è venuta successivamente, le nomine e così via di seguito, nel 1992 venne nominato segretario politico Carlo Andreotti, che però poi da quella carica rassegnò le dimissioni quando divenne Presidente della Giunta provinciale, insomma mi pare una certa connessione di rapporti, in relazione ai quali non ero io l'inventore e nemmeno colui che aveva posto in essere i fatti.

Evidentemente se ho ritenuto di riferire dei fatti alla Magistratura era in relazione a determinate condotte, che venivano poste in essere, esattamente l'anno scorso 1996, allorquando sono venuto a conoscenza di questi fatti, che, a mio parere, alteravano quella che è la normale rappresentatività ed il rapporto istituzionale, perché chi è assessore, chi è Presidente della Giunta o chi non deve essere assessore, non è che lo deve essere sulla base di ricatti interni, sulla base o meno di certe verità che si conoscono o meno, lo deve essere in base ad un rapporto fiduciario, non in base a dei ricatti o delle mezze verità.

Ecco perché ho riferito anche di questo episodio alla Magistratura e quindi in questo senso è evidente che non posso che dissociarmi da questa mozione, che invece ha il grande pregio, da parte del primo firmatario, Carlo Andreotti, che è Presidente della Giunta provinciale ed è il primo firmatario dell'esposto che è stato inviato al Consiglio superiore della Magistratura per togliere le inchieste dalla Magistratura da Trento e Venezia, è certamente una grande esplicitazione dei suoi poteri istituzionali

quella di firmare come Presidente della Giunta provinciale un esposto alla Magistratura, perché non mi risulta che abbia altre cariche rappresentative nel partito, è chiaro è parte interessata, è anche indagato dalla Magistratura di Trento!

Quindi che si senta autorizzato a mettere insieme le funzioni pubbliche e quelle private, che si senta autorizzato nelle pubbliche manifestazioni, in cui ha la possibilità di parlare come Presidente della Giunta, che si sente autorizzato a fare uso delle sue funzioni istituzionali per spargere accuse di qua e di là nei confronti di magistrati ed altro, mi pare sia una cosa molto consona a chi è peraltro già sottoposto a procedimento penale per vilipendio alla Magistratura per altre occasioni e altri discorsi precisati e posti in essere a Tione nel 1995. Quindi mi pare che si pongono in coerenza con certe condotte.

Comunque a me farebbe piacere, visto e considerato che questa mozione l'avete presentata voi e quindi c'è il motivo di discutere in Consiglio e visto che davanti ai magistrati determinati politici hanno ritenuto di non voler chiarire, prego cortesemente i politici, visto e considerato che dicono che i magistrati non debbono mettere il naso nelle cose dei partiti, prego l'ex Presidente del Consiglio, Franco Tretter, che oggi siede a rivestire le funzioni di Vicepresidente, di scendere da lì e da questo Consiglio di dire: non è vero che io abbia falsificato tessere, non è vero che io abbia compiuto delle attività di alterazione di quelli che erano i principi democratici ed elettivi del mio partito, così come citato all'inizio della mozione stessa.

Questo mi attenderei, perché nel momento in cui si chiede da una parte che la Magistratura non indaghi, dall'altra ci si rifiuta di rispondere e di dirlo chiaramente, al di là delle polemiche, non sono io quello che ha creato nè il fatto, nè le notizie, perché sono altri. Il convegno del 1992 non l'ho fatto io, le notizie non sono state date da me, sono state date dal cons. Casagrande, che siede in Giunta regionale, mettetevi d'accordo tra di voi, ma chiaritelo pubblicamente, visto e considerato che rifiutate il controllo della Magistratura, non fatene oggetto di patti o di vendette tra di voi per scambiare poltrone, dite la verità, assumetevi il coraggio di spiegare tutto alla popolazione trentina, invece che costringere la Magistratura o altri a fare indagini, se è vero o non è vero, lo dica il cons. Casagrande, senza nascondersi dietro mille verità dette in un modo o nell'altro e lo dica il Vicepresidente Tretter!

Credo che tutto questo chiarirebbe molto e soprattutto darebbe la possibilità di mettere nero su bianco sulla parola di queste persone, per le quali oggi è bianco e domani è nero.

Quindi in questo intervento iniziale non posso che esprimere una mia opposizione, riservandomi poi, nei miei interventi successivi sulle dichiarazioni di voto, eventuali osservazioni, in quanto è chiaro che i dispositivi delle mozioni e anche dell'emendamento, a mio parere, anche sotto un profilo tecnico e di osservanza al regolamento, meritano delle puntualizzazioni.

PRÄSIDENT: Ich bitte die Ruhe zu wahren. Ich finde es nicht notwendig, daß man sich so persönlich angreift. Das sage ich generell für alle einschließlich Abgeordneten

Palermo. Man kann also politisch arbeiten ohne daß man sich gegenseitig mit Dolchstößen niederstößt. Ich würde das als Appell an alle richten.

Der nächste Redner ist der Abg. Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Die Freiheitlichen unterstützen diesen Beschlußantrag, wie er von den Einbringern vorgelegt worden ist. Ich finde es einen schwerwiegenden Eingriff der Staatsanwaltschaft in interne Angelegenheiten einer Partei, die aufgrund von demokratischen Regeln ein Statut gibt, die Wahlen abhält usw. Wenn Unregelmäßigkeiten innerhalb einer Partei auftreten, so sind dort die Instrumente gegeben, um eventuelle Unregelmäßigkeiten zu beheben, aber sicherlich nicht indem die Staatsanwaltschaft hier einschreitet und das Ganze auf eine strafrechtliche Ebene hebt.

Deshalb unterstützen wir diesen Beschlußantrag wie er von den Einbringern vorgelegt worden ist.

PRÄSIDENT: Der Abg. Gasperotti hat das Wort.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Sull'argomento trattato dalla mozione siamo intervenuti anche a livello di stampa locale, ma va precisato, perché altrimenti diventerebbe una difesa di una delle parti, se questo si considera un conflitto.

L'emendamento è stato presentato assieme ai colleghi Chiodi e Bondi, per modificare leggermente il dispositivo, laddove sembrava che ci fosse un clima di illegalità e questo è come dire che la legalità non c'è più, mentre noi siamo per chiedere di verificare se è questo, quindi un'affermazione di verifica e non tanto di considerazione.

Non volendo dare giudizi sui comportamenti di questo o quel partito politico e nemmeno giudicare modi e scelte di responsabilità all'interno di questo o quel partito, ci penserà l'elettorato; nel 1993 esso ha già condannato chi subordinava i partiti o gruppi e interessi di potere.

Qui vogliamo invece evidenziare la necessità dell'autonomia, la funzionalità democratica del partito politico, così come sono presentate nella Costituzione italiana, in quella prima parte della Costituzione che noi pensiamo sia ancora valida, anche se non del tutto attuata.

Le recenti vicende del PATT e quindi l'oggetto della mozione, inducono ad una riflessione sulla funzione dei partiti politici e sulla loro libertà. Assai pericolose appaiono le proposte di chi vorrebbe sottoporre i partiti ad obblighi, a divieti contrastanti con il dettato costituzionale; va ricordato che già nel 1958 tentativi di modificare, quali la proposta Sturzo, non ebbero seguito. Noi facciamo riferimento a questo nostro discorso a tre articoli della prima parte della Costituzione, quella prima parte che quelli della sinistra anche moderata non dicono esplicitamente di voler cancellare, gli artt. 1, 18 e 49. Per chiarezza li vado a leggere.

Art. 1: "L'Italia è una Repubblica democratica, fondata sul lavoro.

La sovranità appartiene al popolo, che la esercita nelle forme e nei limiti della Costituzione.”

Art. 18: “I cittadini hanno diritto di associarsi liberamente, senza autorizzazione, per fini che non sono vietati ai singoli dalla legge penale.

Sono proibite le associazioni segrete e quelle che perseguono, anche indirettamente, scopi politici mediante organizzazioni di carattere militare.”

Art. 49: “Tutti i cittadini hanno diritto di associarsi liberamente in partiti per concorrere con metodo democratico a determinare la politica nazionale.”

Questi tre articoli danno il segno.

Già la proposta Sturzo proponeva di trasformare i partiti da associazioni di natura privata, così come sono previsti dalla Costituzione italiana, in associazioni di natura pubblica, il che vorrebbe dire privarli di quella libertà di azione che è peculiare alla loro ragione politica.

L’art. 49 vincola i partiti ad agire secondo il metodo democratico, senza però interferire nelle loro organizzazioni, nei loro programmi. Tanto meno è accettabile la tesi di coloro che vorrebbero regolarne la vita interna, stabilendo per legge uno statuto valido per tutti. In tal caso vorrebbe prima di tutto snaturare il senso democratico dell’art. 49, poiché i partiti finirebbero per sottoporsi ad un rigido controllo da parte dei poteri pubblici, laddove la normativa costituzionale tende invece a sottoporre questi poteri pubblici al controllo dei partiti, ma soprattutto ad essere negate in nome di un falso modo di intendere la democrazia, sarebbe quella libertà di associazione che la Costituzione prevede all’art. 18, entro i limiti generali ad esso iscritti.

Quindi noi diciamo no ai tentativi di sottoporre i partiti ad indebiti controlli e regolamenti e Rifondazione, come gli altri partiti, ha un suo statuto, un suo regolamento, lo approvano ai congressi, come al nostro ultimo del 1996.

Nei partiti esistono organismi di controllo e di garanzia a vari livelli locali e nazionali. Nell’intenzione del costituente l’art. 49 contrassegna il senso progressista, il parlamentarismo della Repubblica, infatti i cittadini hanno il diritto di associarsi nei partiti, cioè di scegliere una comune prospettiva sui modi, le forme, gli indirizzi con cui intendono sia diretta la cosa pubblica ed anche la funzione del partito è quella di essere strumento di partecipazione attiva e continuativa dei cittadini alla vita dello Stato.

Il diritto di voto, che normalmente viene esercitato ogni 5-6 anni, non rappresenta in modo sufficiente per l’elettore di far pensare alle proprie opinioni e quindi di esercitare un controllo sugli organismi rappresentativi ed esecutivi. Si tratta di dare vigore giuridico, legittimità costituzionale, all’effettiva partecipazione permanente dei cittadini all’esercizio del potere dell’art. 49, che sancisce il diritto di ogni cittadino di associarsi liberamente in partiti e lo finalizza così: per concorrere con metodo democratico a determinare la politica nazionale, vale a dire ai partiti è attribuito un compito e un posto preciso nella vita dello Stato, diventano parte organica dello Stato, assicurano la costante partecipazione popolare alla sua gente.

L’art. 49 trova il suo presupposto nell’art. 1 della Costituzione, non solo perché ne attua, in maniera particolarmente significativa il principio democratico in esso iscritto, ma anche perché dà un fondamentale contributo all’esercizio di quella sovranità

popolare che in esso è richiamata. Il fine principale dell'art. 49 è quello di assicurare con forza di una norma costituzionale la partecipazione effettiva e costante del popolo sovrano alla vita dello Stato.

Questa riflessione, fatta da Rifondazione comunista a seguito dei fatti citati nella mozione presentata dal cons. Binelli ed altri, è per mettere in chiaro qual è il ruolo vero del partito politico nell'organizzazione della vita politica nazionale. I controlli, quelli effettuati dalla Magistratura trentina presso la sede del partito, noi non siamo stati messi a conoscenza, se non attraverso informazioni giornalistiche ed i giornali riportano, ahimè, non sempre la verità, così puntuali come sono le verità scritte dalle sentenze, non portano chiarezza rispetto alle denunce interne, se fatte da esterni o da iscritti, sta di fatto che il diritto di associarsi in partito ed il partito rimanga quel luogo dove l'autodemocrazia, l'autorispetto, la democrazia partecipativa ed il controllo partecipativo dell'iscritto siano i requisiti principali.

Non tocca a noi dire se è sbagliato o è giusto quello che viene posto in essere dalla denuncia fatta da terzi o da iscritti, sta di fatto che questo non è un clima che fa vivere o che fa convivere soggetti politici diversi.

La mozione nella sua premessa può avere dei contenuti forti e forse non condivisibili al 100 per cento, ritengo che la parte dispositiva, con la modifica presentata, dia il senso delle cose, anche a seguito di quanto ho testé dichiarato nei confronti delle organizzazioni politiche come i partiti. Grazie.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abg. Zendron. Sie hat das Wort.

ZENDRON: Grazie Presidente. Devo dire che condivido in parte le motivazioni che hanno spinto a fare questa presa di posizione, anche se non sono d'accordo con tutte le cose che vengono dette dalla premessa, nel senso che è vero ed è una cosa importante che l'autonomia dei partiti e questa formula generale che si devono adottare un metodo democratico al loro interno, per farsi voce della democrazia, è vero, è giusto, non dobbiamo dimenticare che nel recente passato ci sono stati dei partiti che sono diventati quasi un'associazione a delinquere e credo che su queste considerazioni possiamo essere in generale d'accordo.

Però io ho un grandissimo imbarazzo a discutere questo documento in un'Assemblea legislativa, perché per me è fondamentale la separazione dei poteri. Ora qui siamo in una situazione in cui, sulla base di una richiesta, come è stato detto, è stato fatto da parte della Magistratura un intervento che tutti noi consideriamo poco opportuno, però la Magistratura ha anche dichiarato che non poteva non intervenire dopo che le era stata fatta questa segnalazione.

Trovo che questa sia una cosa infelice, assolutamente anomala in un sistema democratico, che secondo me è basato sulla divisione dei poteri. Veramente non vedo perché debba essere il Consiglio regionale, fra il resto su una cosa che anche nel dispositivo si dice essere trentina, quindi è anche un po' strano che sia il Consiglio regionale e non il vostro Consiglio provinciale, in cui il legislativo, attraverso l'esecutivo, rivolge critiche al giudiziario. Credo che questo non sia condivisibile.

Pertanto per questa ragione non condivido questa mozione, le altre osservazioni che si possono fare nel merito, ogni partito è libero di farle separatamente, però io credo sia errato decidere in questa sede e chiedere un intervento così anomalo di un potere su un altro, in una situazione poi anche così chiara.

L'ultima osservazione che vorrei fare - dopo aver detto che dà si scrive con l'accento in italiano, prego correggere dal punto di vista almeno linguistico - non condiviso assolutamente la formulazione in cui si parla di "iniziativa atta a ripristinare, nella popolazione trentina, la legalità scossa da queste vicende". Credo sia una questione di opportunità, è una valutazione politica che si dà, non è una questione di legalità, perché la Magistratura, per quello che ho letto nei giornali, anche questo va sottolineato, noi più o meno informati, credo che a Bolzano siamo poco informati, i trentini sapranno tutto quanto, però noi abbiamo sentito che la Magistratura ha affermato di essere intervenuta su richiesta, quindi ha dovuto agire. Quindi credo non si possa parlare di ripristino della legalità, bisognerebbe eventualmente trovare un'altra formulazione per chi è d'accordo su un intervento di questo genere.

Ripeto, la nostra contrarietà a questa mozione si basa su una questione prioritaria e che è quella della totale inopportunità dell'intervento del potere dell'assemblea legislativa sugli atti della Magistratura, passando attraverso l'esecutivo, quindi una cosa pasticciata, che mi fa dire che questa non è assolutamente la sede per un'iniziativa di questo genere.

Noi lo facciamo, perché pare che il Consiglio regionale, pur avendo poche competenze, si occupi poi di tutto quanto.

PRÄSIDENT: Der Abg. Taverna hat das Wort.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, il gruppo di Alleanza Nazionale ha aderito alla mozione, che è stata presentata, dando al sottoscritto la facoltà di rappresentarlo, attraverso la firma che io stesso ho voluto, per suggerimento del gruppo, mettere in calce alla mozione medesima.

A questo proposito intendo sottolineare alcuni aspetti che meritano, a mio giudizio, alcune riflessioni. Innanzitutto Alleanza Nazionale ha buona memoria e quindi sottoscrivendo la mozione intende restituire agli uomini del partito autonomista quella fiducia che hanno avuto nei confronti di Alleanza Nazionale e prima del Movimento Sociale Italiano, quando il Partito Autonomista mai si è associato al coro dei partiti dell'arco costituzionale.

Seconda questione. Alleanza Nazionale si ricorda di essere stata vittima e prima ancora il Movimento Sociale Italiano, delle persecuzioni di parte della Magistratura, che sobillata dalla sinistra nel contesto della politica dell'arco costituzionale, volto a criminalizzare la destra, ha usato quella parte di Magistratura il teorema dell'ostracismo, quando è ormai risaputo che responsabilità del Movimento Sociale Italiano e oggi di Alleanza nazionale non possono essere ascritte per quanto riguarda la politica del terrorismo, politica che è stata abilmente messa in atto da settori del centro, da settori ed apparati dei servizi segreti, ecc.

Alleanza Nazionale si ricorda allora che a questo punto non è possibile, tenuto altresì conto che le questioni, all'interno di ogni partito sono questioni che devono essere valutate alla luce delle norme che regolano gli statuti dei partiti e quindi non è possibile che ci possa essere, così come è stato, una sorta di intimidazione, che si è concretizzata con l'interrogatorio di centinaia e centinaia di persone.

Allora a questo proposito, volendo noi di Alleanza Nazionale, anche in questa occasione, dimostrare di essere garantisti in tutti i sensi, desidero altresì ricordare che proprio i consiglieri dell'allora Movimento Sociale Italiano, oggi di Alleanza Nazionale, sono stati oggetto di perquisizioni domiciliari, è stato perquisito anche il gruppo consiliare non tanti anni fa, nel corso della passata legislatura, su un teorema, che si è risolto poi come ipotesi manifestamente falsa e quindi anche a questo proposito e alla luce di quelle considerazioni oggi noi siamo nella condizione di poter esprimerci in assoluta serenità, senza con questo volere fare la caccia alle streghe e senza con questo voler in alcun modo criminalizzare qualcuno.

Qui si tratta di riportare la questione entro binari logicamente accettabili, che in questo momento, a giudizio del gruppo di Alleanza Nazionale, sono al di fuori del buon senso. Queste sono le ragioni per le quali Alleanza Nazionale, dopo aver sottoscritto il documento, lo approverà naturalmente e nella conclusione del mio intervento desidero ricordare agli uomini del Partito Autonomista, come in piazza è scesa Alleanza Nazionale, a difesa di quello che in questa brevissima sintesi mi sono permesso di ricordare.

In piazza c'era la destra a difendere il PATT, mentre il PATT porta al governo la sinistra, non ho visto alcuno della sinistra, nè dei partner della maggioranza presenti, tranne la lodevole eccezione del rappresentante del circolo di Rifondazione comunista di Lavis, ma la sinistra di governo, caro Gasperotti, non era presente, era assente, è la politica del doppio forno, ben volentieri di sta al governo quando si tratta di spartire potere e poltrone, quando si tratta di manifestare fisicamente in piazza, a quel punto, era sabato, tutti a sciare.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Boldrini.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore é il cons. Boldrini.

BOLDRINI: Signor Presidente, fin dai tempi di Montesquè c'è la suddivisione dei poteri tra il legislativo, l'esecutivo, il giudiziario, suddivisione dei poteri significa che ognuno di questi deve essere sovrano nella propria sfera di competenza; quando uno di questi poteri violenta un altro potere non c'è più la democrazia, che in questo paese non ci sia mai stata democrazia credo lo sappiano tutti.

Negli ultimi 50 anni il potere politico ha violentato il potere giudiziario, i magistrati non facevano niente ed anche a Trento abbiamo avuti esempi a iosa degli affossamenti, da parte di certi procuratori della Repubblica, di azioni che avrebbero meritato invece il rinvio a giudizio e quindi non c'è stata democrazia, perché un potere ha violentato un altro potere.

Ancora peggio è vivere quando chi fa violenza è il potere giudiziario, perché allora siamo in uno stato di polizia e che in questo paese da qualche anno siamo in stato di polizia, il mio movimento è il primo a dichiararlo e di recente ne abbiamo avuti episodi a iosa. Credo che tutti si ricordino il provvedimento del Procuratore della Repubblica di Verona, Papalia, che ha mandato un esercito di poliziotti alla sede della Lega Nord di Milano... non so, non mi interessa, in quel momento rappresentava il potere giudiziario, chiunque appartenesse questo Procuratore della Repubblica.

Personalmente 10 giorni fa sono stato presente a Ponte Arche, quando un maresciallo dei carabinieri ha detto che denunciava - il giorno dopo lo abbiamo letto sul giornale - il nostro presidente Sergio Divina, ai sensi dell'art. 18 del Testo Unico di Pubblica Sicurezza, articolo dichiarato incostituzionale. Quindi qui si va contro la costituzione da parte di chi rappresenta l'ordine pubblico, un maresciallo dei carabinieri, che va contro la Costituzione!

Il 26 maggio a Bergamo inizierà un processo contro Bossi ed altri dirigenti della Lega Nord, sempre per quel mucchio di articoli del Codice Rocco, dichiarati incostituzionali con l'entrata in vigore della Costituzione repubblicana. Questo art. 294 - e sono stato il primo a gridare allo scandalo - è un articolo del Codice Rocco, segue la storia degli altri articoli. Un articolo che aveva la sua logica in un regime fascista, perché era evidente che si doveva tenere sotto controllo tutto, in un regime democratico questo è un articolo incostituzionale, tanto è vero che non risultano applicazioni pratiche.

Ora che un Procuratore della Repubblica utilizzi un articolo di questa natura per fare un'indagine che da mesi tiene sotto pressione tutti, un partito politico del Trentino, tutti i suoi iscritti, decine e decine di poliziotti, quando la delinquenza dilaga nel Trentino in maniera violentissima, ebbene questo è uno scandalo. Noi non neghiamo il diritto ad un Procuratore della Repubblica di iniziare un'azione penale, lui ha questo diritto-dovere, noi non lo neghiamo, ma un Procuratore della Repubblica non può inventarsi i reati.

Noi non neghiamo ad un carabiniere il diritto-dovere di portare la pistola, ma neghiamo il diritto che lui possa sparare a chiunque passi, questo lo neghiamo, il fatto che abbia la pistola non gli permette di sparare al primo che passa ed è questo che noi abbiamo subito contestato.

Se il PATT aveva fatto delle tessere false, non so se le ha fatte o meno, ma sicuramente questo fatto delle tessere false non può essere un attentato ai diritti politici del cittadino e allora ecco perché noi abbiamo firmato questa mozione, perché riteniamo che sia giunto il momento di ricordare a tutti i poteri che nell'ambito di un paese democratico ci deve essere sovranità e quindi rispetto. Non può permettersi un potere di violentare un altro potere.

Spero che questa mozione sia votata a stragrande maggioranza, perché è una risposta ad un attentato ai diritti politici.

PRÄSIDENT: Der Abg. De Stefani hat das Wort.

PRESIDENTE: Concedo la parola al cons. De Stefani.

DE STEFANI: Grazie Presidente. Credo anch'io che questa mozione forse aveva più ragione di essere discussa in quel di Trento, visto che riguarda un episodio di grande risalto che lì è avvenuto e che rischia in questa assemblea di avere un'attenzione sicuramente importante, però poi nel merito inevitabilmente sfumata dalla non conoscenza dei fatti e questo è un aspetto.

L'altro aspetto è quello che è già stato fatto risaltare nell'intervento della collega Zendron, circa la differenziazione dei poteri e qui è chiaro che stiamo esprimendo concetti che partono dalla stessa matrice, i tre poteri su cui si basa ogni sistema democratico e la loro convivenza giusta. Abbiamo sentito cosa hanno detto i colleghi Zendron e Boldrini di segno esattamente opposto, per concludere che non vi è stata democrazia per 50 anni in Italia, poi so che il cons. Boldrini parla spesso con linguaggio toscano, che è un linguaggio del tutto particolare e che saremmo spesso e volentieri preda di una sorta di stato di polizia.

Allora faccio fatica a vedere nella quotidianità questo stato di polizia, mi piace di più semmai il ragionamento che ha fatto un noto giurista trentino, che è l'avv. Ballardini, quando si richiamava ad un ipotetico stato etico, laddove argomentava che qualora una Procura della Repubblica debordi da quelli che sono limiti che fanno riferimento al Codice Civile e li trasferisca sul penale, probabilmente questa procura si erge a depositaria di una verità di tipo etico, che come tale ha valore in politica, in tanti campi, ma non nell'ordinamento giudiziario.

Allora è chiaro che se questo ha fatto la Procura di Trento, ha fatto un'operazione non corretta. Mi associo a quello che diceva la collega Zendron prima, non credo però che questa sia la sede e che quel dispositivo sia il dispositivo per innescare un contenzioso tra potere legislativo e giudiziario. Ho alcuni convincimenti per quanto riguarda la vicenda di cui qui stiamo parlando, che sicuramente vi è stato un risalto giornalistico e il coinvolgimento di un numero incredibilmente vasto di persone con modalità che non sono accettabili.

Su questo credo che bene avrebbe fatto, dal mio punto di vista, affermarsi il dispositivo illustrativo della mozione, per poi collegarsi al dispositivo come emendato, per chiedere che, a fronte di questa eccezionale, incredibile forzatura giornalistica e a questo non corretto coinvolgimento di un numero abnorme di cittadini, si facessero quelle iniziative, ecc. ecc. Su questo credo ci sarebbe stata l'unanimità del Consiglio, compresa quella del sottoscritto e di altri che si sono espressi con perplessità.

Su altri passaggi, uno presente nella mozione e più di uno non presenti non mi sento di condividere. Il primo passaggio è sul famoso, o per alcuni famigerato art. 294, a tutt'oggi l'art. 294 esiste, che sia stato applicato bene o male credo sia un compito a cui non siamo chiamati noi a rispondere, credo che da parte di molti si è argomentato in maniera diversa e vi sono state espressioni anche diverse da parte di noti cattedratici, sicuramente non in odore di particolare giustizialismo, cito il Presidente della facoltà di giurisprudenza di Trento, che si è espresso in termini sicuramente non di appoggio, perché qui non si tratta di appoggiare, di contrastare quello che ha fatto la

Magistratura, ma di fare un ragionamento che, se vogliamo essere afferenti a quello che è l'art. 294 dobbiamo entrare anche nel merito di che cosa l'art. è e di tutto quello che il diritto al riguardo può produrre o ha prodotto in passato.

Allora non so se la conclusione di questa vicenda sarà che il Procuratore Granero ha preso una topica enorme ed ha applicato male quell'articolo e si è reso responsabile a maggior ragione di una situazione non accettabile, ma se così non fosse è chiaro che noi, a maggior ragione, in questo momento faremmo comunque una forzatura, che credo non opportuna, per quel rispetto di divisioni, di ruoli, di poteri e di compiti che siamo chiamati a mantenere.

Gli altri due argomenti su cui mi sento di dover intervenire, non sono citate nella mozione, ma ne fanno inevitabilmente parte, riguardano in qualche modo alcuni dati di contorno, che però sono significativi, uno riguarda il Presidente Andreotti, ne ho stima per molti motivi, ne conosco e ne cito sempre l'abilità dialettica, non voglio ritornare a ieri sera, però credo sinceramente che quello che il Presidente Andreotti ha fatto mettendosi a capo di quella manifestazione, sicuramente ha costituito una forzatura che non aiuta, almeno dal mio punto di vista, l'andamento ed il proseguo di una discussione meditata di questa mozione in questo Consiglio.

L'altro aspetto riguarda la vicenda nel suo complesso, non ho dubbio alcuno che, fino a quando non si sarà arrivati all'accertamento della verità, è chiaro che vi è presunzione assoluta e totale di innocenza, per l'amor di Dio, ci mancherebbe altro, però non vi è dubbio che è in essere un'indagine da parte della Magistratura che fa riferimento a degli atti, che comunque li vogliamo connotare, non possono sicuramente connotarsi come atti a sostegno, a difesa, a merito ed a vanto della democrazia, qualunque sia il concetto che di democrazia abbiamo.

Allora crederei, senza voler apparire particolarmente giustizialista, come a volte io ed altri colleghi di una certa area veniamo etichettati, senza voler essere pregiudizievolemente pro o contro nessuno o contro qualcuno, che meglio sarebbe stato e forse vi è ancora la possibilità, se da parte dei firmatari si intende andare in questa direzione, che acquisito la modifica inerente il nuovo dispositivo della mozione, anche per quanto riguarda la parte illustrativa, si faccia forte riferimento al clima generale che si è creato, l'abnorme risalto giornalistico che è stato dato, l'indubbio eccessivo, esasperato coinvolgimento dei cittadini. Si lasci tutto il resto fuori dalla porta, perché se lo facciamo entrare è chiaro che ci mettiamo in quella strada di contrapposizione, di conflitto fra poteri, che sicuramente non ci aiuta.

E' chiaro ed evidente che le parti politiche, il Partito Autonomista e tanti altri partiti, probabilmente tutti i partiti qui dentro rappresentati sono disponibili a fare delle iniziative politiche, ma non delle iniziative consiliari, che riguardano l'organo legislativo. Credo che l'organo legislativo, nell'ambito di questo consesso, quello a cui dovrebbe limitarsi a sentirsi chiamato, è di prendere atto che effettivamente in Trentino, per una serie di giorni vi è stato un risalto assolutamente inaccettabile, i mass-media, il coinvolgimento della gente e quant'altro, in dieci righe penso che questo si possa sottolineare con grande forza, per poi collegarsi al dispositivo come emendato da Bondi ed altri.

Credo che qualunque affermazione in più, che vada a prefigurare scontri, intrecci, Magistratura, legislativo sia un qualche cosa che non ci è chiesto, che non ci compete, che non può che ritorcersi contro questa Assemblea.

PRÄSIDENT: Wer möchte sich noch zu Wort melden? Bevor ich dem Ausschuß das Wort erteile, gebe ich dem Abg. Tretter in persönlicher Angelegenheit das Wort.

PRESIDENTE: Chi altri desidera intervenire? Prima di concedere la parola alla Giunta, concedo la parola al cons. Tretter per fatto personale.

TRETTTER: Parlo per fatto personale, anche perché, per una forma di correttezza, è la prima volta da quando sono stato eletto per ben due volte, da quest'aula Presidente del Consiglio, che prendo la parola. Non potevo non rispondere a determinate accuse e provocazioni di un collega, poco rispettoso dell'uomo, di quello che rappresenta qui dentro.

Credo di dare due risposte al collega Palermo. La prima di non aver mai imbrogliato nessuno sul piano politico e nemmeno sul piano affettivo, credo che il problema sia nato in un determinato momento e per una precisa circostanza, che verrà chiarita e non voglio qui aprire una polemica, una discussione, che avremo modo di fare e di continuare in sedi diverse.

Collega Palermo, credo che il consenso, la fiducia, la stima, l'onestà sono valori, il consenso, la fiducia e la stima bisogna guadagnarseli, collega Benussi, non li puoi comperare, l'onestà è un valore, credo importante, qui è chiaro che non accetto la morale da parte di una persona, la quale dovrebbe avere qualche volta il coraggio di mettersi in discussione, di fare alcune riflessioni con se stesso.

Se il collega Palermo, invece di andare a spasso con il cagnolino a Cles, venisse a trovarci qualche volta il sabato e la domenica potrebbe constatare di persona la nostra azione. Credo di avere onorato il mio incarico costituzionale, presente oltre 300 giorni e per me i confini non erano solo i confini di Salorno, ma credo di essere stato presente in tutta una serie di luoghi, dove pochissimi colleghi hanno la possibilità di poterci entrare, anche perché da anni queste associazioni, che vengono messe fortemente sotto accusa dal collega Palermo, lavorano in silenzio e credo che tutto potrà essere dimostrato nelle dovute sedi, dimostrando che ci siamo fatti carico dei problemi degli emigranti, degli anziani, degli emarginati, di quelli che hanno tante persone che hanno trovato sicuramente un punto di riferimento, non soltanto nella mia persona, ma nell'istituzione che ho rappresentato in questi anni.

Collega Palermo, dovrei risponderle solo in una parola, è facile calunniare, colpire un partito e la storia di un partito, lei adesso non cerchi di fare il furbo qui dentro incolpando il collega Casagranda, il quale avrà modo di poter eventualmente dimostrare, all'interno del proprio partito, il collega Casagranda fa parte del Partito Autonomista Trentino Tirolese, è che lei ha usato determinate persone, qui è dove io dovrò approfondire! Lei, se è vero che ha usato determinate persone per utilizzare per uno scopo poco nobile e lei ha dimostrato anche in quest'aula di non avere non soltanto

rispetto nei confronti dei vivi, ma nemmeno dei morti e credo che le speculazioni politiche abbiano superato il limite.

Lei non può accusare un uomo che, fino a prova contraria, non ha da vergognarsi ed io invece avrei delle lunghe accuse da muovergli, ma le farò in maniera dettagliata e precisa, collega Palermo e le farò perché questa provocazione non può rimanere senza conseguenze. Lei deve fare un serio esame di coscienza e capire esattamente se nel suo armadio ci sono degli scheletri, se lei ha usato le persone ed in determinati momenti ha cercato di abusare anche di un ruolo di verifica e di controllo e che deve sicuramente essere attivo, ma lei non si dimentichi le parole che mi disse un giorno in Consiglio provinciale, quando stavamo per comporre una Giunta provinciale: lei Tretter me la pagherà! Se c'era un uomo che ci teneva tanto ad una sedia di potere era proprio lei e da quel momento lei ha, nei miei confronti, portato avanti tutta una serie di accuse, che non qualificano sicuramente il suo operato di uomo politico.

Queste cose lei le ha dette alla presenza di qualcuno che ha orecchie e che può testimoniare, lei oggi vuol fare il grande moralizzatore, ma i problemi del Partito Autonomista Trentino Tirolese nascono da quel momento che Franco Tretter non ha accettato che lei facesse il diciottesimo a sostegno di un governo provinciale, perché lei non aveva i requisiti politici per il Partito Autonomista, credibili sul piano politico.

Allora le dico, ancora una volta, sul piano politico non ho mai imbrogliato nessuno e tanto meno su quello affettivo, lei deve avere soltanto l'umiltà di fare un serio esame di coscienza e credo che anche lei dovrà rispondere quanto prima a domande che le porrò in altra sede, altrimenti scenderei sullo stesso piano e ci sarebbe una caduta di stile che disturberebbe un clima che fino adesso si è rivelato positivo.

In quest'aula, collega Palermo...

PRÄSIDENT: ...si tratta solo di vedere se poi parla ancora uno del gruppo, altrimenti può usare il tempo del gruppo.

TRETTTER: è' chiaro che il collega Palermo ha consumato quasi tutto il suo tempo muovendo accuse personali nei miei confronti, accuse che sono tutte da dimostrare e fino a prova contraria credo che l'uomo Franco Tretter ed il partito che rappresento, che ha 50 anni di storia, meriti il rispetto di quest'aula, battaglie che abbiamo portato avanti con dignità e non abbiamo da vergognarci, tutto il resto è una grande speculazione.

Dica la verità, è stato lei a fare l'esposto alla Procura della Repubblica dettagliatamente, cercando di mettere zizzania all'interno di un partito, che avrà i suoi problemi, ma che è nel diritto di ogni forza politica poterli eventualmente risolvere nel proprio interno.

Le posso soltanto confermare per tranquillizzarla, quello che noi abbiamo fatto lo abbiamo fatto nella più totale e completa trasparenza, quello che è stato fatto contro il Partito Autonomista e che oggi qualche forza politica cerca di prendere le distanze, potrebbe essere rivolto contro ogni forza politica, il diritto di manifestare la propria fede, di non doverla dichiarare di fronte al magistrato, credo che questo sia un diritto sacrosanto, se parliamo di democrazia e di libertà.

Allora, collega Palermo, non è che abbiamo un conto aperto, ma sicuramente avrò alcune cose da dirle in sedi diverse e non voglio qui sicuramente rubare tempo a questo Consiglio, ma la posso tranquillizzare che dalle domande che lei mi ha fatto troverà delle risposte positive e posso dire di non avere mai deluso la fiducia che è stata riposta in me, non soltanto all'interno del mondo dell'associazionismo, ma anche da parte del mondo della politica.

PRÄSIDENT: Abg. Palermo, wozu?

Bitte, Sie haben das Wort in persönlicher Angelegenheit.

PRESIDENTE: Cons. Palermo, in merito a cosa desidera intervenire?

Le concedo la parola per fatto personale.

PALERMO: Brevissimamente per fatto personale. Riservandomi solo e semplicemente con le dichiarazioni di voto le argomentazioni successive. In relazione alle dichiarazioni del cons. Tretter non posso che osservare che mi fanno semplicemente sorridere, perché mi sembrano quelle dichiarazioni rese dal disperato prima di crollare e che si aggrappa, non lo so, a qualche altro personaggio che può servirgli per accreditare una sua versione.

Cons. Tretter, credo che lei sappia e lo sa per primo dall'inizio di questa legislatura, che forse in ritardo, in quanto non sono personaggio trentino, certe cose non le ho capite, non le ho conosciute fin dall'inizio ed all'inizio detti un voto anche di fiducia alla Giunta presieduta dal collega Andreotti sulla parola, però fin dall'inizio...

PRESIDENTE: Cons. Palermo, si deve capire in cosa consiste il fatto personale.

PALERMO: Il fatto personale consiste nella affermazione, secondo la quale avrei presentato un esposto e si continua quindi a parlare di quello che è enunciato nella mozione, per motivi di vendetta. Lo ha dichiarato un attimo fa il cons. Tretter, credo sia abbastanza personale. Dato che questa circostanza è del tutto falsa, in quanto dall'inizio della legislatura ho avuto modo e la possibilità di constatare con un successivo e progressivo approfondimento di iniziative effettuate in Provincia e in Regione, con richieste di documentazioni, che sono tutte agli atti, Presidente Tretter, non è che sono qualche cosa solo e semplicemente mia, sono tutte quante agli atti le mie richieste sul circolo ricreativo, sui contributi dati dalla Regione, dati dalla Provincia.

Lo sa perché mi sarei divertito e lo sanno colleghi che sono presenti in Consiglio provinciale, perché mi sarei divertito nella Giunta? Mi sarei divertito nella Giunta proprio perché avrei avuto la possibilità dall'interno di poter verificare quello che nella prima stessa seduta, nella prima riunione, immediatamente risultò palese, nel momento in cui per puro caso entrai in possesso della cartellina di un collega - qui non voglio fare il nome, per non inserire altre polemiche - ed entrai in possesso di una raccomandazione per un funzionario. Ecco che cosa rappresentava per me andare in Giunta, una grande possibilità di scoprire gli altarini e perché lei non lo ha consentito? Perché evidentemente sapeva benissimo che lo avrei fatto, tutto qui.

Questo è il semplice motivo perché un diciottesimo mi avrebbe dato la possibilità di impedirle tutto, ecco perché io in un certo senso mi sono sentito liberato da un qualche cosa che avrebbe potuto darle qualche grattacapo in più di quello che posso dare vedendo dall'esterno.

Però lo posso assicurare - qui vorrei concludere il motivo personale Presidente Tretter - che se si consulta un attimo con suoi colleghi di partito, potrà apprendere, se il collega Casagranda ha la volontà di farlo, di sapere direttamente da lui se è vero o non è vero che è stato lui a svelarmi queste cose, esattamente in un tragitto che facemmo dal Consiglio provinciale all'ufficio di Andreotti, non sono stato io Presidente Tretter. E' vero che li ho riferiti alla Magistratura, però li ho riferiti in un contesto più ampio, nel quale anche quello aveva la sua importanza.

Per il resto mi riservo, attraverso le dichiarazioni di voto, di proseguire nell'esposizione del mio pensiero, in relazione all'emendamento e anche al dispositivo della mozione.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann schließe ich diesen Teil der Debatte ab und gebe dem Ausschuß das Wort.

Bitte, Präsident Pahl.

PRESIDENTE: Non vi sono altri oratori iscritti a parlare. Chiudo pertanto questa parte della discussione e concedo la parola alla Giunta.

Prego, Presidente Pahl.

PAHL: Geehrte Abgeordnete! Es ist schon sehr viel Richtiges heute nachmittag in diesem Haus gesagt worden. Ich glaube, dieser Beschlußantrag handelt von einer sehr ernstesten Angelegenheit. Durch diese Aktion wurde zumindest versucht, auch wenn es nicht ganz gelungen ist, Bürgerrechte einzuschränken, Rechte einer politischen Partei zu beschränken. In diesem Sinne war es tatsächlich eine Art Anschlag auf die Rechte von Angehörigen des Staates. Nicht zum ersten Mal hat man in Italien solche Aktionen erlebt. Man erinnert sich bereits an Vorfälle, die die Lega betreffen, die weiter zurückliegen. Aber es gibt auch in Südtirol eine beängstigend hohe Zahl von Vorfällen in der Vergangenheit aber auch in der Gegenwart, wo Übergriffe stattfanden. Ich werde demnächst einige dieser Übergriffe öffentlich bekanntgeben. Es handelt sich um Dinge im Zusammenhang mit Ordnungskräften. Bei diesem Beschlußantrag muß eindeutig eine Grenze zwischen jenen, die in diesem Hause Demokraten sind und zwischen jenen, die nicht die Grundsätze der Demokratie und der Verfassung beachten, gezogen werden. Mit solchen Methoden beginnt in jedem Lande die Verminderung und die Unterdrückung der Freiheit. Hier hat man die Grundsätze der Verfassung mißachtet und Gesetze so ausgelegt, daß sie de facto zu einem Verfassungsbruch geführt haben. Eines der Ziele, die ebenfalls angestrebt worden sind, ist auch die Einschüchterung einfacher Bürger. Natürlich auch die Verhinderung der Ausübung der normalen Tätigkeit einer politischen Partei. Es wird sich bei der Abstimmung eindeutig erweisen, welche Kräfte dieses Hauses - und ich denke, es werden die Mehrheit sein -, sich eindeutig über die

Parteigrenzen hinweg für die Achtung des Rechtsstaates, der Grundsätze der Verfassung und der demokratischen Rechte aller Parteien und Bürger einsetzen. In diesem Zusammenhang erinnere ich ausdrücklich noch einmal an die Vorfälle, die vor längere Zeit die Lega getroffen haben. Wenn solche Akte weiterhin vorkommen, in welchem Gebiet des Staates auch immer, dann muß man eine beängstigende Entwicklung registrieren. Die Willkür, die anscheinend mit einem Gesetz vorgeht, in Wirklichkeit aber das Gegenteil von dem will, was die Verfassung als Freiheit und Grundrecht der Bürger festgeschrieben hat. Darum ist den Anfängen zu wehren.

(Stimati consiglieri! Molte affermazioni corrette sono state fatte questo pomeriggio in questo emiciclo! Ritengo che la mozione tratti una questione molto importante. Attraverso gli interventi della Magistratura si é cercato, anche se non é completamente riuscito, di limitare i diritti civili in generale e di limitare i diritti di un partito politico. In tal senso si é trattato sicuramente di un attentato ai diritti di cittadini dello Stato. Non é la prima volta che ciò accade in Italia. Si ricordi ad es. quanto accaduto in passato alla Lega. Ma vi é anche in Sudtirolo un numero preoccupante di fatti del passato e del presente che sono stati caratterizzati da soprusi. E vorrei ricordare ora pubblicamente alcuni di questi soprusi. Si tratta di fatti connessi con le forze di polizia. Questa mozione però deve contenere una netta distinzione tra quelli che in quest'Aula sono democratici e quelli che non osservano i principi della democrazia e della libertà. Con simili metodi si inizia in questa terra a mirare alla limitazione della libertà e alla sua repressione. Sono stati violati principi costituzionalmente sanciti e interpretato le leggi in modo tale che di fatto vi sia stata una violazione della Costituzione. Uno degli obiettivi perseguito é quello dell'intimidazione dei semplici cittadini ed ovviamente anche di impedire l'esercizio della normale attività di un partito politico. La votazione mostrerà chiaramente quali forze di questo consesso - e ritengo che saranno la maggioranza - sono di sopra dei partiti stessi e si adoperano per la salvaguardia dello Stato di diritto, dei principi costituzionali e dei diritti democratici di tutti i partiti e cittadini. In tale contesto vorrei ricordare espressamente ancora una volta quanto accaduto qualche tempo fa' alla Lega. Se simili azioni si ripetono, a prescindere da dove esse avvengono, allora si deve registrare uno sviluppo preoccupante. L'arbitrio che a quanto pare é esercitato sulla base di una legge, é in realtà il contrario di quello che la Costituzione ha prescritto come libertà e diritti fondamentali dei cittadini. Pertanto ci dobbiamo opporre sin dall'inizio a simili tendenze).

PRÄSIDENT: Jetzt stimmen wir ab. Ich sehe keine Wortmeldungen. Möchten die Einbringer replizieren? Gut. Dann stimmen wir ab...

...Abg. Palermo, zur Stimmabgabeerklärung.

PRESIDENTE: Ed ora passiamo alla votazione. Vi sono altri oratori iscritti a parlare? I presentatori desiderano replicare? Bene, allora passiamo alla votazione...

...cons. Palermo, in dichiarazione di voto.

PALERMO: Presidente, intanto vorrei sapere se bisogna discutere l'emendamento o la mozione originaria?

PRÄSIDENT: Die Änderung ist akzeptiert worden. Somit ist sie integrierender Bestandteil des Antrages, braucht aber nicht abgestimmt zu werden.

PRESIDENTE: La modifica é accolta. Pertanto costituisce parte integrante della mozione e non é soggetta a votazione.

PALERMO: Allora una dichiarazione di voto unica. Vorrei riagganciarmi a quanto ho detto nel mio intervento e anche a quanto è stato in qualche modo precisato da alcuni colleghi incidentalmente. Ritengo che, per il modo in cui è stata proposta la mozione e per il modo anche in cui è stato corretto il dispositivo, sia comunque palese la esistenza in un atto di interferenza del Consiglio regionale, in qualsiasi veste lo si voglia configurare come esplicazione in un suo atto deliberativo, un atto in interferenza in attività svolta dall'autorità giudiziaria.

E' un atto di interferenza in quanto evidentemente si è in presenza di un caso specifico di processo avviato in indagini preliminari della Magistratura nei confronti di appartenenti a questo Consiglio regionale e quindi è evidente che esiste un interesse personale di determinati soggetti, che sono presenti in questo Consiglio, alla stessa delibera.

Veramente mi chiedo come non vi rendiate conto che questa delibera viene adottata in re propria nei confronti di alcuni consiglieri, che sono inquisiti dalla Magistratura e mi chiedo come non vi domandiate se, attraverso questa delibera, non si verifica una sorta di voto di solidarietà nei confronti di persone nè condannate, nemmeno imputate, indiziate di reato. Lo può fare la Magistratura? Credo che lo possa fare, perché credo che esista un principio di obbligatorietà dell'azione penale, che è vigente e vorrei ricordarlo per l'ennesima volta, perché evidentemente qualcuno non vuole ascoltare o non vuole capire o non vuole recepire, l'azione della Magistratura non è conseguenza di quanto ho detto, la Magistratura di Trento si è mossa solo ed esclusivamente dopo aver ascoltato il cons. Casagrande, quindi dopo aver sentito una determinata versione sui fatti, esattamente da un esponente del partito.

Quindi mi pare che non vi rendiate conto che, attraverso questa delibera di solidarietà che è stata in qualche modo richiesta dal primo firmatario Andreotti, che è Presidente della Giunta, che all'epoca con quel congresso venne eletto segretario del partito e poi consigliere regionale e provinciale e poi Presidente della Giunta provinciale; il Consiglio regionale prende posizione in favore di indiziati da parte della Magistratura.

Scusatemi, nei giorni scorsi D'Alema è stato imputato di ricettazione, che è un reato che credo sia abbastanza ripugnante, ma ha denunciato la Magistratura che sta procedendo a queste indagini o si è rivolto a qualche Consiglio regionale, comunale, o provinciale per chiedere solidarietà, nella specie mi pare che si stia realizzando

esattamente ciò, con uno spirito associativo e consociativo, non in senso penale, associativo da parte degli interessati, consociativo da parte di altre forze politiche; qui veramente non riesco a capire perché tutti possono avere motivi di rimostranze nei confronti della Magistratura, anch'io sono stato posto sotto processo da parte della Magistratura, ma si accettano gli accertamenti della Magistratura.

Qui mi pare che nella specie ci si appelli a un organo per avere una solidarietà politica contro accertamenti della Magistratura, poi quando si dice che i partiti sono insindacabili nell'applicazione del loro metodo democratico, però ricordiamo che è esattamente proprio questo metodo democratico che non io Carlo Palermo, ma un vostro iscritto, il consigliere e assessore Casagranda ha detto che non era stato osservato, ha detto che era stato violato, quindi non credo che siano corrette le vostre accuse.

Quanto poi all'esito dei giudizi della Magistratura, questo è ovvio che rientra nella dialettica del processo e non credo che sia questa la sede di esaminare ipotesi dell'uno o dell'altro genere.

Per i motivi che ho dichiarato e anche per il fatto che non esiste nel Ministero di Grazia e Giustizia o nel CSM un potere di ristabilire la civile convivenza, mi chiedo veramente che cosa significhi questo dispositivo che è stato enunciato, pur con questo emendamento, che vuole dire "ogni iniziativa atta a ripristinare nella popolazione trentina un clima di sincerità..."

PRÄSIDENT: Collega Palermo, è sempre lei che mette il dito sul regolamento...

PALERMO: ...non esiste e quindi concludo esprimendo la mia dichiarazione di voto contraria a questa mozione.

PRÄSIDENT: Danke! Weitere Erklärungen zur Stimmabgabe?

Bitte, Abg. Tretter.

PRESIDENTE: Grazie! Vi sono altre dichiarazioni di voto?

Prego, cons. Tretter.

TRETTTER: Non vorrei personalizzare la dichiarazione di voto, anche perché prendo la parola per ringraziare tutti i colleghi che hanno sottoscritto questo documento ed è importante, se avete bene ascoltato non ho fatto sicuramente nessuna polemica nei confronti della Magistratura, la quale spero possa dare risposte entro tempi brevi ad un partito che merita rispetto e difenderà fino in fondo la propria dignità e la propria storia. Chi non ha partito non ha da difendere né il partito, né la dignità del partito.

Collega Palermo, spero che lei un giorno possa anche rispondere in prima persona e lei non è un nullatenente, non è un poverello, è una persona che sicuramente ha un suo reddito e credo che sul piano economico non abbia da lamentarsi, ma spero proprio che lei possa un domani poter pagare per il male che lei ha fatto direttamente o indirettamente, perché lei sta vivendo in questo periodo di insinuazioni, portando avanti

calunnie e intimorendo un Consiglio regionale, lei cerca di intimorire un Consiglio regionale, che è in piena autonomia e tutti noi siamo maggiorenni e consapevoli che questo documento non vuole essere una solidarietà al Partito autonomista, ma sostiene i principi che sono alla base della democrazia e del rispetto, degli uomini e dei partiti.

Collega Palermo, in questo momento le posso dire che è importante avere vicino la solidarietà di tutta una serie di mondi che lei ha messo sotto accusa ed è importante avere la solidarietà non soltanto degli affetti e di tutte quelle persone, le quali mi hanno chiesto di continuare a fare quello che ho fatto in questi anni, dedicando gli anni più belli della mia vita alla politica. Lei non può sicuramente permettersi di disturbare l'operato di un uomo, che fino a prova contraria non ha da rispondere nei confronti della Magistratura nemmeno di una contravvenzione.

Credo che questa sia la mia forza, la forza morale di superare un momento estremamente delicato e difficile per il Partito Autonomista e per quello che rappresento come guida politica di questo partito, che merita sicuramente anche il suo rispetto.

Allora senza alcun acedine, credo che lei la deve smettere di insinuare, di calunniare, di mancare di rispetto alle persone, lei faccia il politico, perché è stato eletto dal popolo trentino per fare politica! Ecco perché ci saranno sicuramente le sedi più idonee per raccontare alcune storie che la riguardano, perché voglia o non si voglia lei ha nei suoi armadi degli scheletri che vanno sicuramente tirati fuori e non è un'accusa campata in aria. Ci sono alcune cose sui suoi comportamenti che vanno sicuramente conosciute e che darà modo all'opinione pubblica di capire quanta cattiveria e quanta acedine personale c'è nei confronti delle persone che cercano di confrontarsi e di combattere sul piano politico! Io non voglio combatterlo sul piano personale!

Ho chiuso il discorso dicendo che ringrazio l'aula, non per la solidarietà che viene data al partito, ma per i principi, che sono alla base di una dialettica che non deve sicuramente disturbare i rapporti fra le forze politiche...

PRÄSIDENT: Scusa Franco Tretter, non volevo togliere la parola, ci sono ancora tre minuti, ho suonato per non scendere di nuovo negli attacchi personali, scusa.

TRETTTER: Non potevo non rispondere al secondo intervento fatto dal collega Palermo e mi scuso.

PRÄSIDENT: In che cosa consiste il fatto personale?

PALERMO: Le chiedo cortesemente di concedermi uguale tempo, tutto qui. Non voglio polemizzare, però ritengo non sia corretto non dare una risposta, quindi non credo che sia il tono di colui il quale dovrebbe argomentare in relazione a contenuti della mozione accusare il cons. Palermo. Se ha qualcosa da dire il cons. Tretter, invece di lanciare messaggi mafiosi e omertosi faccia bene a parlare, come faccio io, semplicemente! Perché messaggi occulti già li ho vissuti da qualche altra parte!

Dato che esiste mafia in un modo, esiste pure l'altra, sono allergico alla mafia, ha capito! E come lei ha detto io vivo anche di altro, se non faccio il consigliere

regionale, cons. Tretter, potrei fare una bella agenzia investigativa, forse farei più affari economici.

Quindi respingo le affermazioni del cons. Tretter, ribadendo per l'ennesima volta che siamo in presenza di una mozione di solidarietà ad un partito, laddove si è in presenza di indagini della Magistratura nei confronti di soggetti specifici, con nome, cognome e indirizzo e anche data di nascita, tra i quali firmatari e votanti, che votano per loro stessi.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Zendron.

PRESIDENTE: Prego, cons. Zendron.

ZENDRON: Presidente, le chiedo di votare e poi di fare continuare il dibattito dopo la votazione, perché non a tutti interessa. Vorrei solo dire che, dopo tutta questa polemica, ci asterremo, non ce la sentiamo per le ragioni già spiegate di votare questo documento, lasciamo sia l'aula a decidere, vorrei solo segnalare che non condivido affatto la motivazione di voto favorevole dell'assessore Pahl, che si contraddistingue per la sua strana concezione della democrazia, perché dice: chi vota contro questo documento non è democratico. Allora possiamo dire di abolire tutte le assemblee legislative, perché decide lui chi è democratico e chi no. Anzi credo che il fatto che ci sia qualche voto di disaccordo, con motivazioni che siano nobili o al di là dei risentimenti personali, sia un fatto che favorisce la democrazia o la dimostra e non quello che dice Pahl.

PRÄSIDENT: Abg. Gasperotti, bitte.

PRESIDENTE: Prego, cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: Mi dispiace di assistere ad una parte poco qualificante di questo dibattito, che doveva essere molto più alto, Presidente, anche perché si parla dei diritti dei partiti, si parla di elementi della Costituzione e non si parla di guerriglie o di posizioni politiche personali, riferite a questioni che sono molto, molto personali.

Il Partito Autonomista doveva alzarsi di un metro e rimanere a quella altezza politica, che era di dovere in questa occasione e non scendere in questioni di piccola rilevanza. Le questioni, se non sono affrontate in maniera politica adeguata, Presidente Peterlini, lo spazio che rimane è la Magistratura.

Allora qui si dice: la Magistratura deve svolgere il suo ruolo, i politici pure; allora se i politici non riescono a derimere questioni come quella del tesseramento per un partito, che voleva dire avere in più o in meno, chi accusa non si sa, chi subisce non si sa, interviene la Magistratura. Noi siamo qui per affermare un principio costituzionale, i partiti devono arrangiarsi dal punto di vista della gestione democratica, se poi ci sono interessi personali, che allora è un'alta questione. Io lo metto da parte, perché considero il Partito Autonomista un partito.

Allora siamo scesi più in basso di quello che si doveva e continuiamo a rimanere a quel livello, senza renderci conto che favoriamo la speculazione personale e non quella politica. Andremo all'audizione della commissione affari costituzionali per essere sentiti in merito alla questione della presenza dei ladini nella modifica costituzionale e siamo a questo livello!

Vi chiedo davvero di fare un salto di qualità, se non sarà questo salto richiamatevi a qualcosa d'altro, ma non è la Costituzione! Questo forse è un modo di gestire una amichevole serata di divertimento o di intrattenimento, comunque diversa da questa.

Ho molto rispetto per le istituzioni, ma le garantisco, Presidente Peterlini, così si tocca veramente il fondo e non vorrei che l'artefice fosse proprio chi vuole affossare quest'assemblea. Siamo stati eletti democraticamente e fino a quando ci siamo dobbiamo rappresentare chi ci ha eletti e questo è il luogo dove il rispetto, assessore Chiodi e collega Divina è anche quando uno parla e vuole essere ascoltato. Se non volete questo uscite dall'aula e lasciate in pace chi vuole usare questo spazio politico, perché è stato eletto per parlare qui. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich wollte Ihnen nicht das Wort nehmen, Abg. Gasperotti, ich wollte nur die Aula beruhigen. Aber es ist sehr schwierig in diesem Saal.

Wir stimmen jetzt ab. ...Wer stimmt dem Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf zu? 3. Dem ist also stattgegeben. Geheimabstimmung? Wir stimmen also geheim ab, weil diese hat den Vorrang.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel und nachher um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Non volevo togliere la parola, cons. Gasperotti, volevo solamente invitare i consiglieri a fare più silenzio, ma mi rendo conto che é difficile...

Passiamo alla votazione...Chi aderisce alla richiesta di procedere alla votazione con appello nominale? 3 consiglieri vi aderiscono. Pertanto la richiesta é accolta. E' stata chiesta la votazione a scrutinio segreto. Avendo questa priorità rispetto alla votazione per appello nominale, procederemo con la votazione a scrutinio segreto.

Prego di distribuire le schede e di effettuare l'appello nominale.

(segue votazione a scrutinio segreto)

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	57
Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	7

weiße Stimmzettel: 6

Damit genehmigt der Regionalrat den Beschlußantrag.

Wir sehen uns morgen um 9.15 Uhr zur Fraktionssprechersitzung und um 9.00 Uhr tagt die Wahlprüfungskommission.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: La votazione é conclusa. Rendo noto l'esito della votazione:

votanti:	57
voti favorevoli:	44
voti contrari:	7
schede bianche:	6

Il Consiglio approva la mozione.

Vorrei ricordare ai presenti che domani alle ore 9.15 é convocata la conferenza dei capigruppo ed alle ore 9.00 la commissione di convalida.

La seduta é tolta.

(ore 17.56)

INDICE

Proposta di delibera n. 25:

Autorizzazione alla Giunta regionale a non indire il referendum consultivo in relazione all'istanza di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Cavalese e Tesero (presentata su richiesta della Giunta regionale)

pag. 3

Disegno di legge n. 62:

Modifica della legge regionale 25 giugno 1995, n. 4 concernente "Modifica della legge regionale 2 maggio 1988, n. 10 - Iniziative per la promozione dell'integrazione europea - e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 11

Mozione n. 157, presentata dai consiglieri regionali Andreotti, Durnwalder, Grandi, Atz, Binelli, Achmüller, Benedikter, Bondi, Chiodi, Delladio, Divina, Frasnelli, Gasperotti, Holzer, Hosp, Kofler, Mayr Christine, Montefiori, Moser, Muraro, Pallaoro, Saurer, Taverna, Tosadori, Viola, Klotz, Boldrini, Conci e Romano, affinché si intraprenda ogni iniziativa atta a ripristinare la legalità nella popolazione trentina

pag. 35

Interrogazioni e interpellanze

INHALTSANGABE

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 25:

Ermächtigung an den Regionalausschuß von der Volksbefragung in bezug auf den Antrag auf Änderung der Gebietsabgrenzungen der Gemeinden Cavalese und Tesero abzusehen (eingebracht auf Antrag des Regionalausschusses)

Seite 3

Gesetzentwurf Nr. 62:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 25 Juni 1995, Nr. 4 betreffend "Änderungen zum Regionalgesetz vom 2. Mai 1988, Nr. 10 - Initiativen zur Förderung der europäischen Integration - und Verfügungen für die Durchführung besonderer Tätigkeiten von regionalem Belang" (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 11

Beschlußantrag Nr. 157, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Andreotti, Durnwalder, Grandi, Atz, Binelli, Achmüller, Benedikter, Bondi, Chiodi, Delladio, Divina, Frasnelli, Gasperotti, Holzer, Hosp, Kofler, Mayr Christine, Montefiori, Moser, Muraro, Pallaoro, Saurer, Taverna, Tosadori, Viola, Klotz, Boldrini, Conci und Romano, damit jedmögliche Maßnahme zur Wiederherstellung der Legalität in der Trentiner Bevölkerung getroffen werde

Seite 35

Anfragen und Interpellationen

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	pag.	3
CHIODI-WINKLER Wanda (Gruppo Partito Democratico della Sinistra)	"	5-10-11
DENICOLO' Herbert Georg (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	7
PALERMO Carlo (Gruppo Misto)	"	8-40-53-55-56-58
DELLADIO Mauro (Forza Italia - C.D.U.)	"	10-11
KURY Cristina Anna (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	11
PAHL Franz (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	12-20-23-26-54
MINNITI Mauro (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	12
BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	"	14-17-26-34
ATZ Roland (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	15
IANIERI Franco (Gruppo Misto)	"	15-28
ZENDRON Alessandra (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	16-24-45-59
KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol)	"	24-39
GASPEROTTI Guido (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	24-43-59
WILLEIT Carlo (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)	"	31

BINELLI Eugenio (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	pag.	35
LEITNER Pius (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	43
TAVERNA Claudio (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	46
BOLDRINI Lelio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	47
DE STEFANI Renzo (Gruppo La Rete)	"	48
TRETTER Franco (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	51-57